

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

47/2006 · 20. November 2006

bpb:

Jugend in Europa

Stefan Rappenglück

Jugend in der Europäischen Union

Günther Ogris · Sabine Westphal

Politisches Verhalten Jugendlicher in Europa

W. Gaiser · M. Gille · J. de Rijke · S. Sardei-Biermann

Zukunft Europa im Blick der Jugend

Axel Pohl · Andreas Walther

Benachteiligte Jugendliche in Europa

Susanne Rippl · Klaus Boehnke

Europas Jugend: Für Integration oder Nationalismus?

Beilage zur Wochenzeitung **Das Parlament**

Editorial

Die Europäische Union wächst, wird vielfältiger und bunter – sie verändert mit jedem neu hinzukommenden Land ein wenig ihr Gesicht. Diese dynamische Entwicklung geht allerdings mit einer zunehmenden Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger einher. Viele können nicht erkennen, wo die Vorteile einer immer größer werdenden EU für sie liegen.

Gilt das auch für die jüngere Generation? Welche Erwartungen verbindet diese mit einem erweiterten und neu verfassten Europa? Rund 75 Millionen Europäerinnen und Europäer – ein Drittel der Bevölkerung Europas – sind zwischen 15 und 25 Jahre alt. In erster Linie sind es diese jungen Menschen, die den europäischen Integrationsprozess weiter voranbringen müssen. Analysen zeigen, dass ihre Haltung zu Europa ganz wesentlich von ihrem Bildungsniveau abhängt. Jene jungen Menschen, die nur über geringere Bildungschancen verfügen und sich dadurch nicht selten auch sozial benachteiligt fühlen, stehen Europa oft skeptisch gegenüber. Mit der Zunahme des Bildungsniveaus, die meist auch Fremdsprachenkompetenzen, ein stärkeres Interesse an Politik und ein größeres Vertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit in der Gesellschaft einschließt, wächst hingegen das Interesse an Europa und damit zugleich das Bedürfnis nach stärkerer Mitgestaltung des Integrationsprozesses. Mehr Wissen führt zu mehr Offenheit – nicht nur gegenüber Europa.

Ein niedriger Bildungsabschluss muss jedoch nicht zwangsläufig mit einer größeren Distanz zu Europa einhergehen. Je mehr Chancen Europa allen jungen Menschen für die Gestaltung ihrer Bildungs- und Berufsverläufe bietet, umso mehr werden sie sich diese zunutze machen wollen – und sich stärker mit Europa identifizieren.

Katharina Belwe

Stefan Rappenglück

Jugend in der Europäischen Union

Essay

In der Europapolitik macht sich zwei Jahre nach der historischen Erweiterung der Europäischen Union, den gescheiterten Referenden über den Verfassungsvertrag der EU in Frankreich und den Niederlanden sowie den Quälereien um den Haushalt Ernüchterung breit. Am Vorabend ihres fünfzigjährigen Bestehens und angesichts der deutschen Ratspräsidentschaft steht die Union vor einer doppelten Herausforderung. Der gegenwärtige Reflexionsprozess um die zukünftige innen- und außenpolitische Struktur der

Stefan Rappenglück

Dr. phil., geb. 1964; Leiter der Forschungsgruppe Jugend und Europa, Centrum für angewandte Politikforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München, Prinzregentenstr. 7, 80538 München.
rappenglueck@fgje.de;
www.fgje.de

EU, die bevorstehende Erweiterung um Bulgarien und Rumänien und der Lissabon-Prozess – um nur einige aktuelle Herausforderungen herauszugreifen – werfen Fragen der politischen, ökonomischen und bildungspolitischen Zukunft der EU auf. Europa betrifft uns alle viel mehr, als wir es bisher wahrhaben wollen. Die Menschen in den Mitgliedsstaaten können die EU-Politik jedoch immer weniger nachvollziehen und fühlen sich zunehmend übergangen.

Was bedeutet die europäische Integration für junge Menschen?

Junge Europäerinnen und Europäer zwischen 15 und 25 Jahren stellen in der EU mit ca. 75 Millionen Menschen ein großes gesellschaftliches Potenzial dar. Sie sind es, die im Europa von morgen leben werden und es gestalten sollen. Europäische Entwicklungen werden als Faktoren für das Lebensumfeld junger Men-

schen immer wichtiger; sie bieten neue Chancen, aber auch Risiken für die Gestaltung von Bildungs-, Berufs- und Lebensverläufen. Die offenen Grenzen der EU werden von den Jugendlichen mittlerweile als eine europäische Selbstverständlichkeit betrachtet. Der Bologna-Prozess mit der Angleichung der Studienabschlüsse in der EU zeigt die zunehmende Bedeutung des europäischen Bildungsraumes. Der europäische Binnenmarkt ermöglicht die Arbeitsaufnahme in die europäischen Mitgliedsstaaten. Intensive Schüleraustauschmaßnahmen, der Boom des Fremdsprachenunterrichts und eine steigende Anzahl junger Menschen, die durch das Erasmus- bzw. Leonardo-Programm der EU in europäischen Ländern studieren oder ihre Ausbildung absolvieren, sind Indikatoren dafür, dass europäisches Lernen und interkulturelle Kompetenz¹ für eine erfolgreiche Sozialisation der heranwachsenden Generationen immer bedeutsamer werden. Nationale und europäische Programme sollen Jugendliche „fit machen für Europa“ und junge Menschen dazu ermutigen, sich aktiv an der EU zu beteiligen.²

Und dennoch: Ungeachtet einer fast vierzigjährigen Geschichte der EU als Erfolgsmodell und vielfältiger Kampagnen zeigt sich durch alle Altersgruppen hinweg ein erschreckend niedriger Wissensstand zu europäischen Themen. So fühlen sich nur knapp zwei Prozent sehr gut über die EU informiert, während 54 Prozent angaben, ein wenig und 17 Prozent, gar nichts zu wissen. Für viele Menschen und besonders die junge Generation wird es immer schwieriger zu verstehen, wo die Vorteile der EU liegen. Einzelne Politikbereiche werden entweder recht kritisch oder desinteressiert aufgenommen. Diese Tendenz ist problematisch, weil Jugendliche ein Drittel der europäischen Bürgerschaft darstellen und sich die berechtigte Frage stellt, ob der künftige Einigungsprozess so auf einer stabilen Basis steht.³

¹ Vgl. Eva Feldmann-Wojtachnia/Stefan Rappenglück, Europa lebt von Vielfalt. Schlüsselfaktoren: Toleranz und interkulturelle Kompetenz, in: Schulmagazin 5 bis 10, (2006) 2, S. 9–12.

² Vgl. beispielsweise die Leitlinien der Internationalen Jugendpolitik und Jugendarbeit, abgedruckt in: IJAB (Hrsg.), Forum Jugendarbeit International 2002, Bonn 2001, S. 186 (IJAB = Internationaler Jugendaustausch und Besucherdienst der Bundesrepublik Deutschland).

³ Vgl. Barbara Tham, Einstellungen, Erwartungen und Befürchtungen Jugendlicher gegenüber der Europä-

Der europaweite demographische Wandel hat infolge des Rückgangs der erwerbsfähigen Bevölkerung gravierende Auswirkungen auf die zukünftige Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme. Während sich der Anteil der Altersgruppe der Senioren (65 bis 79 Jahre) im Zeitraum von 2005 bis 2050 um 44 Prozent erhöhen wird, wird sich der Anteil Jugendlicher um 25 Prozent reduzieren. Angesichts dieser dramatischen Bevölkerungsentwicklung muss sich die Europäische Union bewusst machen, dass junge Menschen bald eine rare Ressource sein werden.¹⁴ Es gilt daher, ihnen frühzeitig europaweit bei allen Entscheidungen und politischen Entwicklungen, die ihre Zukunft in Europa betreffen, ein Mitspracherecht einzuräumen.

Die Jugendliche sind bereit dazu, diese wichtige Rolle zu übernehmen. Europa stellt für die junge Generation grundsätzlich und auch emotional eine selbstverständliche und als positiv eingestufte Realität dar; die Mitgliedschaft in der EU wird von 68 Prozent der Jugendlichen in Deutschland befürwortet. Zugleich richten sie konkrete Erwartungen an die EU. Sie erhoffen sich von ihr Wohlstand, den Abbau von Jugendarbeitslosigkeit und die Sicherung des Friedens. Vor diesem Hintergrund vergleichen sie den erreichten Integrationszustand zunehmend kritischer mit den von der EU gesetzten Zielen.

Es kommt hinzu, dass der Integrationsprozess von Individualisierungs- und Globalisierungsphänomenen begleitet wird, die zu einer größeren kulturellen, religiösen und ethnischen Pluralität in Europa führen. Die zunehmende europäische Komplexität muss erst verarbeitet werden.¹⁵

Europäische Jugendpolitik – Bindeglied zur Lebenswelt Jugendlicher

Was die politische Bildung seit langem im Blick hat, wird seit knapp sechs Jahren nun

ischen Union und ihrer Politik im Jahre 2005, CAP-Papier, München 2006 (CAP = Centrum für angewandte Politikforschung).

¹⁴ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), Mitteilung der Kommission. Grünbuch: Angesichts des demographischen Wandels – eine neue Solidarität zwischen den Generationen, Brüssel 2005.

¹⁵ Vgl. Stefan Rappenglück, Europäische Komplexität verstehen lernen, Schwalbach 2004.

auch in der offiziellen EU-Politik aufgegriffen: die stärkere Berücksichtigung der Jugend in der europäischen Politik. Eine Schlüsselstellung hierbei bildet das Weißbuch „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ der Europäischen Kommission vom 21. November 2001. Auf der Basis eines breit angelegten Konsultationsprozesses mit Jugendlichen und der Jugendforschung wurde eine Vielfalt jugendpolitischer Themen der Analyse unterzogen; im Ergebnis standen Forderungen an die Jugendpolitik. Als wichtige jugendspezifische Felder werden Partizipation, Freiwilligenarbeit und Information sowie Wissen über Jugendliche benannt.¹⁶

Die Mitgliedsstaaten wurden aufgefordert, der Kommission bis Ende 2005 die einzelstaatlichen Beiträge zur Umsetzung der beiden vorrangigen Ziele Partizipation und Information vorzulegen und damit Beispiele von „best practice“ in diesen Handlungsfeldern aufzuzeigen. Die von der Bundesrepublik Deutschland im April 2006 veröffentlichten Berichte spiegeln die gewachsene Bedeutung von Partizipation und Information für die Praxis der Jugendarbeit wider und präsentieren modellhafte Projekte innovativer Bildungsarbeit. Deutlich wird eine notwendige, wesentlich stärkere Reflexion der Jugendpartizipation und Förderung von Partizipationskompetenz, besonders in der Schule und im Hinblick auf Europa. Diese betrifft sowohl die Praxis als auch die Jugendforschung.¹⁷

Eine weitere wichtige Initiative zur Forcierung der europäischen Jugendpolitik stellt der Europäischer Pakt der Jugend dar, der auf dem EU-Gipfel im März 2005 verabschiedet wurde. Er geht auf eine Initiative unter anderem des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder zurück und zielt darauf ab, die Mobilität sowie die berufliche und soziale Eingliederung der europäischen Jugend zu verbessern.

¹⁶ Die Empfehlungen sowie der Weißbuch-Prozess können unter <http://europa.eu.int/comm/education/youth.html> ausführlich nachgelesen werden.

¹⁷ Vgl. Information der Jugendlichen 2005 – Bericht der Bundesrepublik Deutschland an die Kommission der Europäischen Union. Bonn (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, BMFSFJ) 2006; Partizipation der Jugendlichen 2005 – Bericht der Bundesrepublik Deutschland an die Kommission der Europäischen Union. Bonn (BMFSFJ) 2006.

Der mit dem Weißbuch eingeläutete Prozess hat zu einer Sensibilisierung für die Belange der Jugend und zu einer stärkeren jugendpolitischen Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten geführt. Die darin zum Ausdruck gebrachte Anerkennung von Jugendpolitik als Querschnittspolitik für alle europäischen Themen ist ein wichtiger Schritt, Jugendliche stärker an der Gestaltung des Europas von morgen zu beteiligen.

Der eingeschlagene Pfad wird nach Untersuchungen der EU-Kommission und durch eigene Analysen bestätigt: Über zwei Drittel der Jugendlichen wünschen sich in den Mitgliedsstaaten mehr Informationen über die EU und gleichzeitig bessere Möglichkeiten, den Integrationsprozess mitzugestalten. Eine intensive Strategie für eine verbesserte Partizipation Jugendlicher in der Europäischen Union ist folglich unerlässlich.¹⁸

Junge Menschen sind nicht nur viel stärker als bisher in das System der repräsentativen Demokratie einzubeziehen; wenn sie als Staatsbürger ernst genommen werden sollen, müssen Formen der Mitwirkung an Entscheidungsfindungen entwickelt werden, die nicht nur eine kurzfristige Beteiligung in Rahmen von Anhörungen, Meinungsumfragen und Veranstaltungen zum Ziel haben, sondern auch bei der Ergebnisumsetzung verbindlich und auf Nachhaltigkeit angelegt sind.

Um Europa stärker als bisher in der Lebenswelt junger Menschen zu verankern und den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar einen europäischen Mehrwert zu bieten, hat sich die EU auf eine *neue Generation von Bildungsprogrammen* ab 2007 mit dem Ziel der Förderung einer „aktiven europäischen Bürgerschaft“ verständigt, die auf den bestehenden Bildungsprogrammen aufbauen und ehrgeizige Zielsetzungen verfolgen:

- Das „integrierte Programm für lebenslanges Lernen“ – das die allgemeine und berufliche Bildung abdeckt – soll beispielsweise die Teilnahme jedes zwanzigsten

¹⁸ Vgl. Forschungsgruppe Jugend und Europa (Hrsg.), *Das junge Europa. Plädoyer für eine wirksame Jugendpartizipation*, München 2004 (Schriftenreihe der Forschungsgruppe Jugend und Europa, Band 8).

Schülers an Comenius-Aktivitäten im Zeitraum von 2007 bis 2013 ermöglichen.

- Bis zum Jahre 2011 sollen drei Millionen Studierende an Austauschprogrammen teilgenommen haben – dies entspräche einer Verdreifachung des derzeitigen jährlichen Studentenaustausches.
- Bis 2013 sollen pro Jahr 150 000 Beschäftigte und Auszubildende ein europäisches Austauschprogramm durchlaufen haben – derzeit sind es jährlich 45 000.¹⁹
- Mit dem neuen Programm „Jugend in Aktion“ mit einem Volumen von 885 Millionen Euro soll der außerschulische Jugendaustausch, insbesondere der Europäische Freiwilligendienst und die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich gestärkt werden.

Auch versucht die EU mit neuen Anstrengungen im Bereich der Informations- und Kommunikationspolitik die zunehmende Kluft zwischen der Bevölkerung und ihren Bürgern im Sinne eines „strukturierten Dialogs“ zu überbrücken. Hierzu hat die Kommission im Juli 2005 einen Aktionsplan zur Verbesserung der Kommunikationsarbeit vorgelegt. Im Oktober 2005 folgte der „Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion“ und im Februar 2006 die Vorlage des Weißbuches über eine neue Kommunikationspolitik. Im Mittelpunkt steht eine bessere Informationspolitik, die Bedeutung des aktiven Bürgers und die Förderung des direkten Austausches zwischen der Union und ihren Bürgern. Die vorgeschlagenen Ziele und Maßnahmen sind jedoch insgesamt nicht neu, sondern bündeln bereits bestehende Ansätze. Auch bleibt zu fragen, wie die Forderungen – besonders die nach Bürgernähe – praktisch umgesetzt werden. Erfreulich ist, dass die Kommission zur Stärkung der Rolle des Bürgers explizit die Verbesserung der politischen Bildung fordert.¹⁰

¹⁹ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.), *Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlamentes und des Rates über ein integriertes Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens*, Brüssel Kom (2004) 474 endgültig.

¹⁰ Vgl. Barbara Tham, *Eine neue europäische Informations- und Kommunikationspolitik*, München, in: CAP-Aktuell (Mai 2006) 4.

Europa vermitteln

Bei der Vermittlung der europäischen Dimension gibt es sehr viele Defizite – auch in Deutschland. Untersuchungen – wie sie innerhalb der Forschungsgruppe „Jugend und Europa“ durchgeführt werden – zeigen, dass viele Jugendliche gegenüber der EU mit Skepsis reagieren und große Informationslücken aufweisen. Auch steht die europabezogene Bildungsarbeit vor dem Dilemma, dass die Bildungsarbeit auf verschiedenen Ebenen (lokal, regional, europaweit) durchgeführt werden muss, die oft nicht vernetzt sind.

Auf nationaler und europäischer Ebene gilt es daher, Kinder und Jugendliche heute auf ihr Leben im europäischen Kultur- und Wirtschaftsraum vorzubereiten und an der Entwicklung Europas zu beteiligen. Die zukünftige Erwachsenengeneration muss in die Lage versetzt werden, als solidarische und aktive Bürger in einem gemeinsamen Europa zu handeln und eine europäische Bürgergesellschaft zu fördern.

Europabezogene Bildungsarbeit ist als Querschnittsaufgabe zu begreifen, weil fast alle nationalen Themen aus dem europäischen Blickwinkel betrachtet werden können und müssen. Sie bedeutet keineswegs eine reine Vermittlung des europäischen Einigungsprozesses, sondern soll vielmehr zur Erarbeitung eines eigenen differenzierten Standpunktes beitragen. Gerade die europäische Dimension bietet eine gute Ausgangsbasis für eine intensivere Kooperation zwischen Schule und außerschulischer Bildungsarbeit. Europabezogene Bildung muss interaktiv sein, handlungsorientiertes Lernen ermöglichen sowie Erfahrungsräume schaffen und bereits bei Kindern ansetzen. Die Stärkung der interkulturellen Kompetenz ist von zentraler Bedeutung.

Der Schule und einer entsprechenden Lehrerfortbildung fällt bei der Vermittlung der europäischen Dimension vor dem Hintergrund einer zunehmend multikulturellen Schülerschaft die Schlüsselrolle zu. Sowohl in nationalen als auch europäischen Erklärungen werden immer wieder die Bedeutung der interkulturellen Bildung betont und Lernziele festgelegt. Nach dem Europäischen Jahr der Demokratieerziehung 2005 wird es 2008 das Jahr des interkulturellen Dialogs geben.

Hauptzielgruppe sollen Jugendliche in ihren schulischen und beruflichen Zusammenhängen sein. Die Ergebnisse eigener langjähriger Untersuchungen verweisen jedoch auf erhebliche Defizite in der Umsetzung der europäischen Dimension – es mangelt oft an entsprechenden innovativen Methoden.¹¹

Ausblick

Die Untersuchungen der Einstellungen europäischer Bürgerinnen und Bürger zu Europa zeigen die Notwendigkeit eines verstärkten Dialogs mit den Bürgern, speziell mit Jugendlichen. Es scheint, dass in der EU vorrangig institutionelle Modelle diskutiert werden, die tatsächliche Beteiligung der Menschen aber vernachlässigt wird. Die Verankerung des Ansatzes der partizipativen Demokratie im Verfassungsvertrag allein reicht nicht. Vielmehr ist eine breite politische Kultur der Mitwirkung und Zivilgesellschaft in Europa zu etablieren. Nur so kann die Basis für die proklamierte und gewünschte lebendige europäische Bürgerschaft geschaffen werden.

Die junge Generation ist in diesem Kontext eine der wichtigsten Zukunftsressourcen in Europa. Es kommt also darauf an, deutlich mehr in die Bereiche der formalen und nicht-formalen Bildung zu investieren und zu einer Europäisierung beizutragen. Im Vordergrund müssen eine verstärkte Partizipation Jugendlicher und eine bessere Informationsvermittlung stehen. So sind Modelle der Jugendinformation auf der Basis der *peer-group-education*¹² auszubauen, wie sie beispielsweise von der Forschungsgruppe Jugend und Europa am CAP in Kooperation mit Landeszentralen für politische Bildung angeboten werden.

Von zentraler Bedeutung für eine gelingende und überzeugende europäische Informations- und Bildungsarbeit ist die Nachhaltigkeit. Zunehmend werden auf nationaler und europäischer Ebene Projekte der Europabilungsarbeit im Rahmen von Aufrufen, Zuschussprogrammen und Wettbewerben mit einer kurzen Projektzeitphase ausgeschrieben.

¹¹ Vgl. Stefan Rappenglück, Europabezogenes Lernen, in: Wolfgang Sander (Hrsg.), Handbuch politische Bildung, 2005³, S. 456–468.

¹² Nach dem Grundsatz „Gleiche informieren Gleiche“ sollen Jugendliche durch Jugendliche informiert werden, die besondere Glaubwürdigkeit genießen.

ben. Trotz aller Bekundungen ist die Beantragung und die Abwicklung von Europamitteln immer noch mit einem erheblichen Arbeitsaufwand bei unsicherem Ausgang verbunden. Selbst eingefleischte „Europabildner“ nehmen nicht selten Abstand von diesen Projektanträgen.

Diese Entwicklung ist für eine nachhaltige europabezogene Bildungsarbeit kontraproduktiv und konterkariert die Bemühungen um eine angemessene Informationspolitik und tiefergehende Auseinandersetzung mit europäischen Fragen. Gerade diese wird jedoch angesichts der europäischen Komplexität immer unerlässlicher.

Günther Ogris · Sabine Westphal

Politisches Verhalten Jugendlicher in Europa

Die Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 war in der Mehrzahl der EU-Mitgliedsstaaten so enttäuschend niedrig wie vorhergesagt. Unter den jungen Wählerinnen und Wählern blieb sie sogar noch hinter dem Durchschnitt zurück: Mehr als zwei Drittel der 18- bis 24-Jährigen nahmen nicht an der Wahl teil (67 Prozent im Vergleich zu 54 Prozent der Gesamtpopulation).¹

Diese niedrige Wahlbeteiligung nährte in der Folge einen Großteil der Diskussionen über das mangelnde politische Interesse und die sinkende politische Beteiligung der „neuen Generation“ junger Europäer. Dies wurde einerseits als eine ernste Bedrohung der repräsentativen Demokratie und somit der Zukunft Europas gewertet. Auf der anderen Seite gab es jedoch auch die Stimmen jener, die der jungen Generation sehr wohl politisches Interesse und politische Beteiligung zusprachen – junge Menschen würden dafür andere Wege und Formen der politischen Beteiligung wählen. Sie seien an politischen Fragen sehr wohl interessiert, stünden dem politischen Prozess aber entfremdet gegenüber.²

Günther Ogris

MA., geb. 1960; Geschäftsführer und wissenschaftlicher Leiter von SORA Institute for Social Research and Analysis, Ogris & Hofinger GmbH, Linke Wienzeile 246, A-1150 Wien.
go@sora.at
www.sora.at

Sabine Westphal

Mag., geb. 1971; Wissenschaftliche Projektleiterin am SORA Institute for Social Research and Analysis, Ogris & Hofinger GmbH, Linke Wienzeile 246, A-1150 Wien.
sw@sora.at
www.sora.at

¹ Vgl. Flash Eurobarometer 162 „Post European Elections 2004 Survey“ (21/6/2004–30/6/2004), EOS Gallup Europe, Bericht S. 10, Umfrage organisiert und koordiniert durch Directorate-General „Press and Communication“.

² Vgl. Weißbuch der Europäischen Union: „Neuer Schwung für die Jugend Europas“, Brüssel 2001; 2003

Der vorliegende Beitrag, der auf den Ergebnissen des im 5. Rahmenprogramm der Europäischen Kommission finanzierten Forschungsprojekts „Political Participation of Young People in Europe (EUYOUPART)“¹³ basiert, zeigt, dass sich Jugendliche in Europa durchaus an den Prozessen der repräsentativen Demokratie beteiligen. Die Teilnahme an Wahlen ist für sie die wichtigste Möglichkeit der Mitbestimmung. Diese ergänzen sie, indem sie von alternativen und neueren Formen der partizipativen Demokratie Gebrauch machen.

Darüber hinaus beschäftigt sich der Beitrag mit Einflussfaktoren auf das politische Verhalten Jugendlicher: mit der Sozialisation durch das Elternhaus und den Freundeskreis, der Aktivierung durch die Schule und der Auswirkung der Mitarbeit in politischen Organisationen auf das weitere Partizipationsverhalten. Empfehlungen zur Steigerung der politischen Beteiligung unter Jugendlichen runden die Darstellung der Ergebnisse ab.

Formen politischer Partizipation

Die innerhalb des repräsentativen demokratischen Systems vorhandenen Partizipationsstrukturen – wie Wahlen, die Mitarbeit in Wahlkämpfen, das Mitwirken an den Machtverhältnissen im Parlament – sind keine ausschließliche Domäne der Erwachsenen. Viele junge Menschen in den befragten Ländern nehmen, abhängig vom gesetzlichen Wahlalter, vor allem an nationalen Wahlen teil, und in etwas geringerem Ausmaß auch an den Wahlen zum Europäischen Parlament. Zudem arbeiten sie in Wahlkampfzeiten mit und leisten auch informelle Überzeugungsarbeit für Parteien.

formuliert die Kommission in einer Presseausendung (14. 4. 2003): „Die geringe Beteiligung am demokratischen und gesellschaftlichen Geschehen ist kein Schicksal“; 2004 der National Youth Council of Ireland (NYCI) in einer Pressekonferenz mit dem Titel „It’s alienation not apathy“.

¹³ Befragt wurden 8 000 junge Menschen im Alter von 15 bis 25 Jahren in Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Estland, Finnland, der Slowakei und in Großbritannien. Vgl. EUYOUPART – Political Participation of Young People in Europe: Development of Indicators for Comparative Research in the European Union; Forschungsprojekt im 5. Rahmenprogramm der Europäischen Kommission (Januar 2003–Juli 2005).

Über dieses Engagement innerhalb des repräsentativen Systems hinaus sind viele Jugendliche in den befragten europäischen Ländern in unterschiedlichster Form am politischen Prozess beteiligt. Ethischer Konsum – das bewusste Kaufen von Fair Trade-Produkten oder das Boykottieren all jener Produkte, die nicht unter diesem Label produziert werden –, politischer Protest und aktives Einbringen in öffentliche politische Debatten sind dabei relativ häufig gewählte Partizipationsformen.

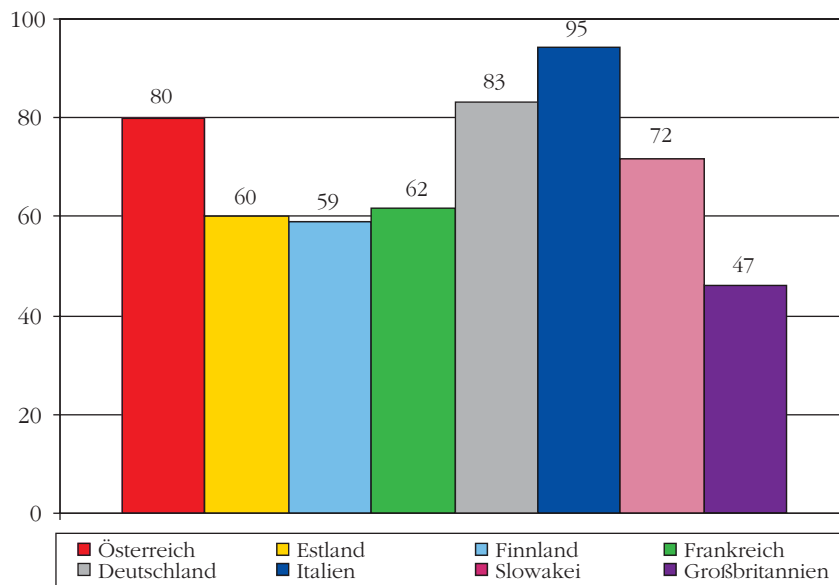
Wählen: Die berichtete Wahlbeteiligung der Jugendlichen sowohl bei nationalen als auch bei Wahlen zum Europäischen Parlament ist hoch: 95 Prozent der italienischen Jugendlichen, 83 Prozent der deutschen und 80 Prozent der österreichischen Jugendlichen geben an, an der letzten nationalen Wahl teilgenommen zu haben (*Graphik 1*). Die in den Umfragen extrem hohen Zahlen für die Wahlbeteiligung unter den Jugendlichen sind durch den bereits oft festgestellten Effekt des *over-reportings* bei Wahlen nach oben verzerrt. Die soziale Erwünschtheit, welche die Frage nach der Wahlbeteiligung impliziert, verursacht dieses Ergebnis: Die Jugendlichen sind sich bewusst, dass von ihnen erwartet wird, wählen zu gehen.

Diese Tendenz des *over-reportings* ist auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament feststellbar: *Graphik 2* zeigt die Rückerinnerung der Jugendlichen hinsichtlich ihrer Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2004. Die Ergebnisse sind aufgrund desselben Wahltermins in allen untersuchten Ländern gut vergleichbar. Von den italienischen, den deutschen und den österreichischen Jugendlichen nahmen dabei die meisten an der Wahl zum Europäischen Parlament teil – eine Reihenfolge, die auch der Reihenfolge der Länder bei der tatsächlichen Wahlbeteiligung entspricht.

Wählen ist unter den Jugendlichen nicht nur die häufigste Beteiligungsform, sie gilt auch als die effektivste. Zwischen 74 Prozent (Deutschland) und 52 Prozent (Estland und Großbritannien) der Jugendlichen halten Wählen für ein effizientes Mittel der Mitbestimmung.

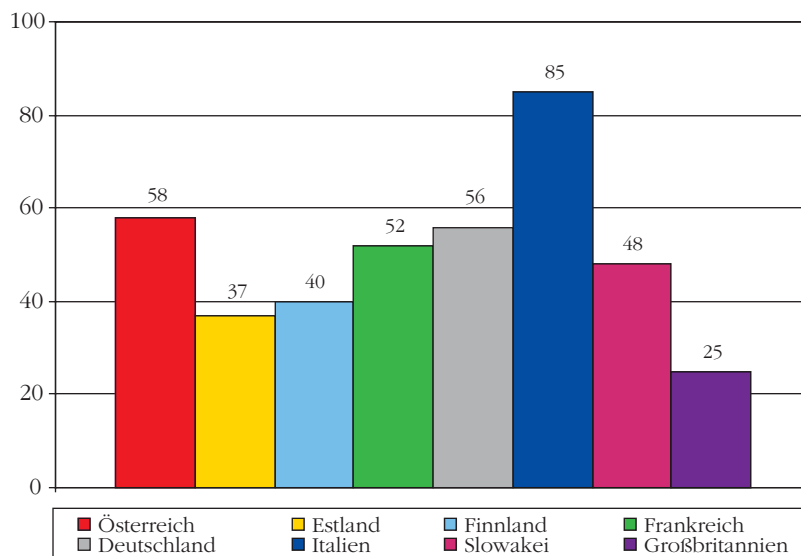
Den deutlichsten Einfluss auf das Wahlverhalten hat dabei die Bildung: Je höher formal

Graphik 1: Berichtete Wahlbeteiligung bei der letzten nationalen Wahl



Quelle: EUYOUNG (Anm. 3).

Graphik 2: Berichtete Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Europäischen Parlament (Juni 2004)



Quelle: EUYOUNG (Anm. 3).

gebildet die Jugendlichen sind, desto größer ist sowohl ihre Wahlbeteiligung als auch die von ihnen wahrgenommene Effektivität des Wählens.

Beteiligung in Wahlkämpfen: Auch der Beteiligung in Wahlkämpfen und der dabei geleisteten informellen Unterstützung für eine Partei oder einen Kandidaten kommt unter Jugendlichen eine beträchtliche Bedeutung zu; sie ist nach dem Wählen die zweithäufigste politische Beteiligungsform. Am häufigsten engagieren sich junge Menschen in Italien und Finnland in Wahlzeiten für eine Partei, am wenigsten in England, Estland und Frankreich. Die italienischen Jugendlichen, gefolgt von den finnischen und slowakischen, unterstützen eher Wahlkampagnen. Andere von der Wahl einer Partei oder eines Kandidaten zu überzeugen, ist wiederum unter den italienischen und finnischen Jugendlichen am stärksten verbreitet, doch engagieren sich auf diese Weise auch deutsche und österreichische Jugendliche stärker (*Graphik 3*).

Ihre Beteiligung innerhalb des repräsentativen politischen Systems ergänzen die europäischen Jugendlichen durch partizipative Beteiligungsformen, wie etwa durch ethischen Konsum und politischen Protest.

Ethischer Konsum: Der ethische Konsum zählt zu den häufigeren politischen Alltagshandlungen Jugendlicher. Immerhin ein Viertel der finnischen Jugendlichen nutzt den Produktboykott als Mittel des politischen Ausdrucks. Knapp darauf folgen die italienischen (17 Prozent) und die österreichischen (16 Prozent) Jugendlichen. In Großbritannien wird der Produktboykott hingegen kaum praktiziert: Nur vier Prozent der Jugendlichen haben jemals ein Produkt aus politischen Gründen boykottiert (*Graphik 4*).

Generell handelt es sich bei diesem Boykott nicht um eine geschlechtsspezifische politische Handlung, mit einer Ausnahme: In Italien sind es eher die Frauen, die diese partizipativen Beteiligungsformen wählen. Deutlicher ist der Einfluss von Bildung: In Italien, Österreich und Finnland sind es die höher gebildeten jungen Menschen, die nicht ethisch gefertigte Produkte boykottieren.

Auch beim bewussten Kauf von ethisch produzierten Gütern haben die Finnen die

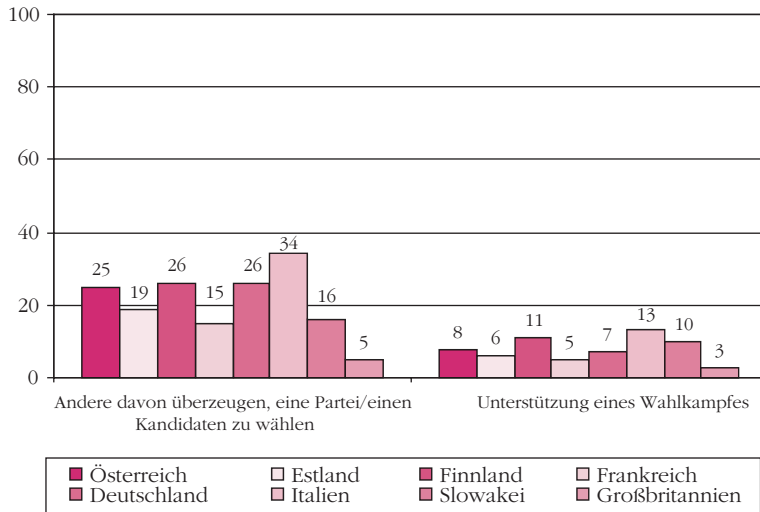
Nase vorne: 31 Prozent haben schon einmal ein Produkt ganz bewusst aus politischen Gründen gekauft. Italienische (21 Prozent) und österreichische (19 Prozent) Jugendliche nutzen ebenfalls diese Form der politischen Beteiligung. In Finnland und Italien sind es häufiger die Frauen, die Produkte aus ethischen Gründen kaufen. Britische Jugendliche machen am wenigsten von dieser Form der politischen Beteiligung Gebrauch: Nur fünf Prozent haben jemals bewusst ein Produkt aus ethischen Gründen gekauft.

Politischer Protest: Die Teilnahme an legalen Demonstrationen und Streiks als Formen des politischen Protests zählen zu jenen Partizipationsformen, die von jungen Menschen verstärkt gewählt werden, um ihre Meinung zu unterschiedlichen Themen kundzutun: gegen Regierungspolitik, für eine friedliche Welt, gegen Atommülltransport, gegen Studiengebühren und vieles mehr. Das Demonstrationsverhalten ist in den verschiedenen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt.

Während in Italien beinahe ein Drittel der Jugendlichen angibt, schon an legalen Demonstrationen teilgenommen zu haben, neigen die Jugendlichen in Estland, Finnland, der Slowakei und Großbritannien weniger dazu, ein politisches Statement durch ihre Teilnahme an einer Demonstration abzugeben. Die unterschiedlichen politischen Kulturen und Opportunitätsstrukturen in den einzelnen Ländern haben somit einen starken Einfluss auf das Ausmaß, in dem Jugendliche auf diese unkonventionellere Form politischer Partizipation zurückgreifen (*Graphik 5*).

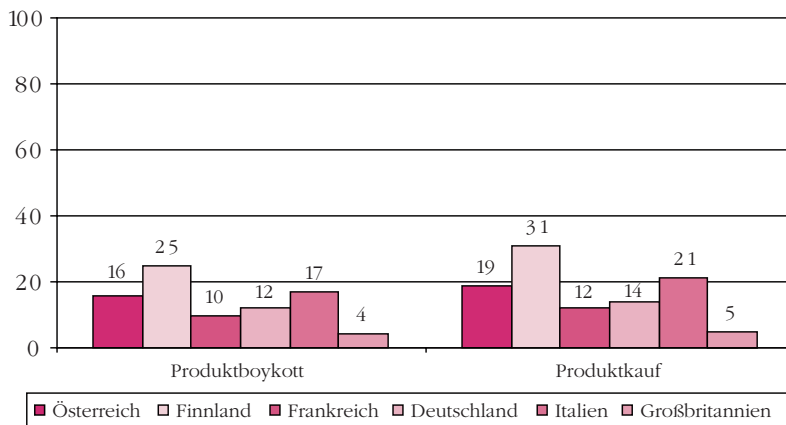
Auch im Hinblick auf die Teilnahme an Streiks gibt es aufgrund unterschiedlicher politischer Rahmenbedingungen starke Unterschiede zwischen den Ländern: In Italien ist der Streik ein anerkannter Ausdruck der politischen Willensäußerung. Dementsprechend hat ein Drittel der italienischen Jugendlichen schon an einem Streik teilgenommen. Vor allem die ganz jungen (15- bis 18-Jährigen) und die schlechter gebildeten jungen Menschen sind es, die in Italien häufiger an Streiks teilgenommen haben. Eine gewisse Streikkultur ist abgesehen von Italien auch in Frankreich vorhanden.

Graphik 3: Beteiligung an Wahlkämpfen



Quelle: EUYOUNGART (Anm. 3).

Graphik 4: Ethischer Konsum



Anmerkung: Produktboykott für Estland und die Slowakei nicht vergleichbar.

Quelle: EUYOUNGART (Anm. 3).

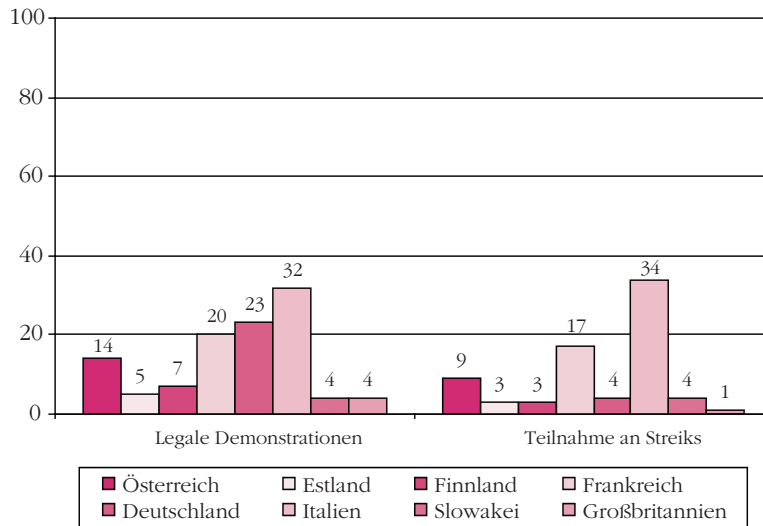
Einflussfaktoren auf das politische Verhalten Jugendlicher

Der Grad der Bildung hat sich schon bei der Darstellung der am häufigsten genutzten Partizipationsformen als ein Einflussfaktor auf die Häufigkeit der Beteiligung Jugendlicher erwiesen. Im Folgenden soll weiteren Einflussfaktoren besonderes Augenmerk geschenkt werden: der Sozialisation durch das

Elternhaus, den Freundeskreis und die Schule sowie der Auswirkung von Mitarbeit in politischen Organisationen.

Politische Sozialisation durch Elternhaus und Freundeskreis: Im Laufe seiner Sozialisation verinnerlicht das Individuum soziale Normen, Werte, aber auch soziale Rollen und Verhaltensweisen seiner Umwelt. Die primäre Sozialisation findet vor allem in der Fami-

Graphik 5: Politischer Protest



Anmerkung: „Teilnahme an Streiks“ ist für Deutschland nicht vergleichbar.

Quelle: EUYROUPART (Anm. 3).

lie, aber auch in Beziehungen zu Gleichaltrigen (*peer group*) statt und ist mit der Herausbildung der persönlichen Identität abgeschlossen. Die dabei verinnerlichteten Normen, Werte und Verhaltensweisen gelten als stabil, können sich aber im Verlauf der sekundären Sozialisation noch ändern. In dieser findet die Vorbereitung auf die eigene Rolle in der Gesellschaft statt – vor allem in der Familie, der Schule und in den *peer groups*. Vor allem diesen Gruppen kommt eine wichtige Sozialisationsfunktion zu: Kinder und Jugendliche orientieren sich stärker an Gleichaltrigen – meist ähnlicher sozialer Herkunft und gleichen Geschlechts – als an den eigenen Eltern.

Politische Einstellungen und politisches Verhalten der Eltern und *peers* prägen die politische Orientierung und das politische Verhalten der jungen Menschen am stärksten. Dabei hat der Bildungsgrad der Eltern einen Einfluss auf die Häufigkeit und das Ausmaß der politischen Partizipation Jugendlicher.

Auch die ideologische Orientierung der Eltern prägt jene ihrer Kinder. Wie *Tabelle 1* zeigt, positionieren sich die jungen Menschen im selben Ausmaß auf der Links-rechts-Skala, wie sie auch ihre Eltern und ihre besten Freunde einstufen. Beinahe die Hälfte ordnet

sich dabei allerdings weder links noch rechts ein (46 Prozent), und jeweils 26 Prozent wissen auch nicht über die politische Orientierung ihrer Eltern bzw. ihrer besten Freunde Bescheid.

Tabelle 1: Links-rechts-Positionierung

	Links-rechts-Positionierung...			
	... des Interviewten	... des Vaters	... der Mutter	... des besten Freundes
sehr links	3	3	2	3
links	19	18	19	15
weder links noch rechts	46	28	34	35
rechts	12	14	12	10
sehr rechts	2	2	1	2
trifft nicht zu	2	6	2	2
weiß nicht	14	26	26	31
Antwort verweigert	3	3	3	2

Gewichtete Daten, Angaben in Prozent.

Quelle: EUYROUPART (Anm. 3).

Die politische Einstellung des Vaters prägt dabei die Haltung der Jugendlichen stärker

als jene der Mutter (Tabelle 2). Am wichtigsten ist jedoch die politische Einstellung des besten Freundes. Da über die Korrelation kein kausaler Zusammenhang festgestellt werden kann, ist es jedoch auch möglich, dass primär die Eltern (der Vater) die politische Orientierung ihrer Kinder prägen und diese sich wiederum Freunde mit gleichen bzw. ähnlichen politischen Orientierungen suchen.

Tabelle 2: Einfluss der Links-rechts-Positionierung

Links-rechts Positionierung	... des Vaters	... der Mutter	... des besten Freundes
... des Interviewten	0,537**	0,526**	0,579**

** Korrelation signifikant auf einem Niveau von 0,01.

Quelle: EUYOUNGART (Anm. 3).

Zusätzlich zu Bildung und politischer Orientierung prägt das politische Verhalten der Eltern jenes ihrer Kinder. Das Ausmaß, in dem beide Gruppen sich politisch beteiligen, ist ähnlich groß. Wie oben bereits dargestellt wurde, sind die Formen konventioneller politischer Partizipation – und hier vor allem das Wählen – unter den Jugendlichen die häufigsten Formen ihres politischen Engagements. Sie nehmen auch ihre Eltern als regelmäßige Wähler wahr (Tabelle 3).

Tabelle 3: Wahlverhalten der Eltern und des besten Freundes bei nationalen Wahlen

	Häufigkeit des Wählens...		
	... des Vaters	... der Mutter	... des besten Freundes
immer	63	60	32
oft	18	19	19
manchmal	8	9	15
selten	4	5	9
nie	6	6	25

Gewichtete Daten, Angaben in Prozent, Durchschnitt der Länderwerte.

Quelle: EUYOUNGART (Anm. 3).

Dennoch ist es der beste Freund, der den größten Einfluss auf das Wahlverhalten der Jugendlichen hat: Geht dieser wählen, ist es sehr wahrscheinlich, dass der Jugendliche auch an den Wahlen teilnimmt. Darüber hinaus ist es – anders als vielleicht erwartet – das Wahlverhalten der Mutter, das einen etwas stärkeren Ein-

fluss auf das Wahlverhalten der Jugendlichen ausübt als das des Vaters – und dies sowohl bei den nationalen als auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament (Tabelle 4).

Tabelle 4: Einfluss des Wahlverhaltens der Eltern und des besten Freundes

Teilnahme an Wahlen ...	Teilnahme an der letzten nationalen Wahl	Teilnahme an den EU-Wahlen 2004
... des Vaters	0,250**	0,287**
... der Mutter	0,314**	0,299**
... des besten Freundes	0,484**	0,434**

**Korrelation signifikant auf einem Niveau von 0,01.

Quelle: EUYOUNGART (Anm. 3).

Der Einfluss des besten Freundes wird auch bei anderen Formen des politischen Verhaltens deutlich: Obwohl mehr als die Hälfte der Jugendlichen nie mit den Eltern oder mit dem besten Freund über Politik diskutiert, ist er es, gefolgt vom Vater, mit dem noch am ehesten über Politik diskutiert wird. Jeweils ein Drittel diskutiert selten bzw. gar nicht mit der Mutter über Politik.

Tabelle 5: Politische Diskussionen

	Politische Diskussionen mit...		
	... dem Vater	... der Mutter	... dem besten Freund
immer	1	1	1
oft	12	8	13
manchmal	30	27	32
selten	29	33	30
nie	28	32	24

Gewichtete Daten, Angaben in Prozent, Durchschnitt der Länderwerte.

Quelle: EUYOUNGART (Anm. 3).

Politische Diskussionen innerhalb der Familie und mit Freunden beeinflussen das politische Verhalten Jugendlicher in weiterer Folge (Tabelle 6). Vor allem die politische Auseinandersetzung mit dem besten Freund wirkt sich auf die Häufigkeit des Boykotts von Produkten und die Teilnahme an legalen Demonstrationen aus.

Die Teilnahme an legalen Demonstrationen ist generell selten, das gilt sowohl für die

Tabelle 6: Einfluss politischer Diskussionen auf andere Formen politischer Partizipation

Häufigkeit politischer Diskussionen mit . . .	Produktboykott	Teilnahme an legalen Demonstrationen	Unterschriften sammeln	Halten einer politischen Rede	Verfassen eines politischen Artikels
. . . dem Vater	0,193**	0,208**	0,099**	0,092**	0,163**
. . . der Mutter	0,163**	0,168**	0,092**	0,101**	0,149**
. . . dem besten Freund	0,266**	0,270**	0,125**	0,153**	0,179**

**Korrelationen signifikant auf einem Niveau von 0,01.

Quelle: EUYROUPART (Anm. 3).

Tabelle 7: Einfluss der Teilnahme an legalen Demonstrationen auf andere Formen politischer Partizipation

Häufigkeit der Teilnahme an legalen Demonstrationen. . .	Produktboykott	Teilnahme an legalen Demonstrationen	Politiker kontaktieren	Unterschriften sammeln	Verfassen eines politischen Artikels
. . . Vater	0,062**	0,213**	0,096**	0,088**	0,071**
. . . Mutter	0,079**	0,177**	0,062**	0,065**	0,080**
. . . bester Freund	0,210**	0,398**	0,126**	0,149**	0,162**

**Korrelation signifikant auf einem Niveau von 0,01.

Quelle: EUYROUPART (Anm. 3).

Eltern als auch für den Freundeskreis: 85 Prozent der Väter, 88 Prozent der Mütter und 79 Prozent der Freunde haben noch niemals an einer Demonstration teilgenommen. Abgesehen davon zeigt sich auch hier, dass das Verhalten des besten Freundes den größten Einfluss hat: Nimmt dieser an Demonstrationen teil, erhöht das die Wahrscheinlichkeit, dass der Jugendliche auch daran teilnimmt (Tabelle 7).

In der Tendenz ist das Niveau der politischen Sozialisation Jugendlicher in Europa offenbar eher niedrig: Mehr als die Hälfte der jungen Menschen diskutiert selten mit den Eltern über Politik. Die Eltern eines weiteren Großteils haben nie an Demonstrationen teilgenommen. Nur das Wahlverhalten der Eltern hat – weil regelmäßig praktiziert – einen prägenden Eindruck bei den jungen Menschen hinterlassen. Generell muss festgehalten werden, dass die politischen Einstellungen der Eltern die ihrer Kinder prägen. Es ist jedoch der beste Freund, der einen entscheidenden Einfluss auf deren politisches Verhalten ausübt.

Sozialisationsinstanz Schule: In den Staaten der Europäischen Union gibt es unterschiedliche strukturelle Möglichkeiten, um an Schulen politisch mitzuwirken. Aufgrund dieser unterschiedlichen Opportunitätsstrukturen sind die Länderergebnisse nicht miteinander vergleichbar. Dennoch zeigen sich generell positive Korrelationen zwischen Beteiligung in der Schule und jener außerhalb der Schule.

- Je aktiver sich junge Menschen innerhalb der Schule politisch beteiligen, desto aktiver sind sie auch außerhalb der Schule.
- Je aktiver junge Menschen während ihrer Schulzeit waren, desto aktiver engagieren sie sich politisch, nachdem sie ihre Schulzeit beendet haben.

In einigen europäischen Ländern haben jene Partizipationsstrukturen, die in Schulen implementiert wurden, um politische Beteiligung und damit die Demokratie zu stärken, positive Wirkung. Die in den Schulen vorhandenen Opportunitätsstrukturen dienen als politische Sozialisationsinstanzen: Das in der

Schule gelernte demokratische Verhalten und die dabei geschulten Fähigkeiten in der politischen Beteiligung garantieren, dass junge Menschen auch außerhalb der Schule politisch aktiv werden und über ihre Schulzeit hinaus bleiben.

Die Beziehung zwischen der politischen Beteiligung in und jener außerhalb der Schule lässt sich anhand einer Reihe von Beispielen verdeutlichen. So diskutieren etwa ein Drittel (35 Prozent) der Schüler zwischen 15 und 18 Jahren in Deutschland und etwa ein Viertel jener in Österreich (27 Prozent) und jener in Italien (25 Prozent) mit ihren Lehrern über politische Themen. In Finnland, Frankreich, der Slowakei und in Großbritannien hingegen tut das nicht einmal jeder zehnte Jugendliche (Tabelle 8).

Tabelle 8: Politische Diskussionen mit Lehrern (15- bis 18-Jährige in Ausbildung)

	immer & oft	selten/ manchmal	nie	weiß nicht & trifft nicht zu
Österreich	27	54	17	2
Estland	15	64	20	1
Finnland	5	55	39	1
Frankreich	8	51	39	3
Deutschland	35	51	12	2
Italien	24	61	15	0
Slowakei	6	63	30	1
Großbritannien	4	37	57	2

Gewichtete Daten, Angaben in Prozent.

Quelle: EUYOUPART (Anm. 3)

Die politischen Diskussionen mit Lehrern in der Schule haben in allen acht Ländern einen signifikanten Einfluss auf die Beteiligung junger Menschen außerhalb der Schule: Je häufiger diese mit ihren Lehrern über politische Themen diskutieren, desto häufiger nehmen sie an öffentlichen Treffen teil und desto häufiger schreiben sie politische Artikel.

Ein ähnlicher Zusammenhang besteht zwischen der politischen Beteiligung während und jener nach Beendigung der Schulzeit. So berichten etwas mehr als die Hälfte der italienischen (56 Prozent) und der deutschen (54 Prozent) Jugendlichen, dass sie während ihrer Schulzeit die Rolle eines Klassensprechers in-

nehatten (Tabelle 9). Jene Jugendlichen, die während ihrer Schulzeit als Klassensprecher fungierten, engagieren sich danach eher in Wahlkämpfen. Besonders deutlich zeigt sich dieser Effekt in Finnland, der Slowakei und Großbritannien.

Tabelle 9: Zusammenhang zwischen der Funktion eines Klassensprechers und der Unterstützung eines Wahlkampfes

Länder (Durchschnitt)	War Klassen-sprecher	Unterstützung eines Wahlkampfes	
		War kein Klassen-sprecher	War Klassen-sprecher
Österreich	42	6	11
Estland	34	5	8
Finnland	33	7	18
Frankreich	40	2	9
Deutschland	54	6	8
Italien	56	9	16
Slowakei	21	9	18
Großbritannien	12	2	17

Gewichtete Daten, Angaben in Prozent.

Quelle: EUYOUPART (Anm. 3).

Partizipationserfahrung durch Einbindung in politische Organisationen: Das Engagement in politischen Organisationen – entweder politisch im traditionellen Sinne oder ausgerichtet auf die Vertretung spezifischer gesellschaftlicher Interessen – hat Einfluss auf die Teilnahme an anderen Formen der politischen Partizipation. Generell zeigt sich für die untersuchten europäischen Länder eine sehr geringe Einbindung in politische Organisationen. In Österreich sind die meisten Jugendlichen Mitglied einer Jugendorganisation oder einer politischen Partei. In Italien und Deutschland ist dies nicht der Fall, hier neigen Jugendliche eher dazu, an einer Veranstaltung einer Jugendorganisation teilzunehmen (Graphik 6).

In den traditionellen politischen Organisationen scheint die Mitgliedschaft die gängige Form der Beteiligung zu sein. In Österreich ist dies darüber hinaus auch der übliche Weg, die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu unterstützen. Die Jugendlichen aller anderen untersuchten Länder nehmen dagegen öfter an Veranstaltungen von

Umweltorganisationen teil (*Graphik 7*). Am häufigsten engagieren sich auf diese Art junge Slowaken, gefolgt von jungen Österreichern. Freiwillige Arbeit innerhalb einer Jugendorganisation einer Partei zu leisten, ist die seltenste Form der Beteiligung und scheint nur in der Slowakei und in Estland einen etwas höheren Stellenwert zu haben als in den übrigen Ländern.

Tabelle 10: Einfluss organisatorischer Eingebundenheit auf das Wahlverhalten bei den Wahlen zum Europäischen Parlament Juni 2004

Wahlbeteiligung bei den EU-Wahlen 2004		Organisatorische Einbindung	
		Generell	In Parteien
Österreich	Ja	73	21
	Nein	64	7
Estland	Ja	66	15
	Nein	49	7
Finnland	Ja	85	11
	Nein	71	4
Deutschland	Ja	74	11
	Nein	59	1
Großbritannien	Ja	59	2
	Nein	36	0

Gewichtete Daten, Angaben in Prozent. Ergebnisse signifikant.
Quelle: EUYOUNG (Anm. 3).

Die Einbindung in politische Institutionen und Organisationen hat unter anderem Einfluss auf das Wahlverhalten: Jene Jugendlichen, die in politische Organisationen eingebunden sind, nehmen häufiger an Wahlen zum Europäischen Parlament teil als jene, die weder Mitglied sind noch freiwillige Arbeit leisten (*Tabelle 10*). Sichtbar wird dies beispielsweise in Großbritannien; dort haben 59 Prozent jener Jugendlichen, die in irgendeine politische Organisation eingebunden sind, an der EU-Wahl teilgenommen, während dies bei 36 Prozent nicht der Fall war.

Besonders deutlich ist dieser Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft in einer Partei und dem Wahlverhalten: So haben in Österreich von jenen Jugendlichen, die aktiv für eine Partei oder die Jugendorganisation einer Partei arbeiten, 21 Prozent an der Wahl zum Europäischen Parlament teilgenommen, während nur 7 Prozent nicht teilgenommen haben.

Organisatorische Eingebundenheit fördert das politische Engagement von Jugendlichen. Sie führt einerseits zu ausgeprägterem politischen Verhalten und andererseits zu einer Teilnahme an verschiedenen Formen politischer Partizipation. So nehmen jene Jugendlichen, die in Parteiorganisationen eingebunden sind, an drei weiteren politischen Aktivitäten (von insgesamt 16 abgefragten) teil. Gleiches zeigt sich bei Jugendlichen, die sich ausschließlich in NGOs engagieren: Auch sie beteiligen sich an bis zu drei weiteren Formen politischer Partizipation.

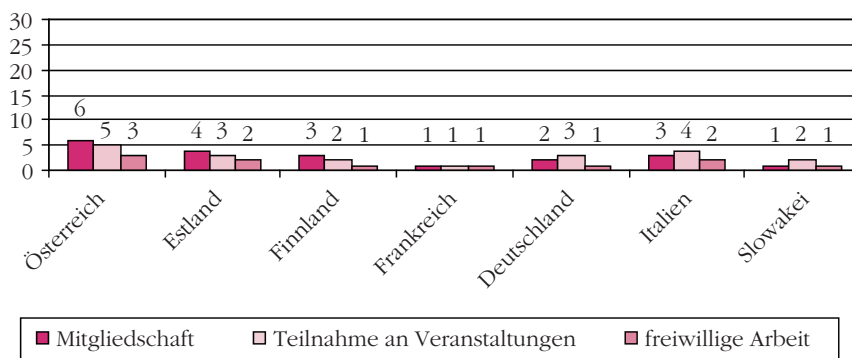
Das politische Engagement Jugendlicher ist nicht ausschließlich, aber substanziell mit politischen Organisationen verbunden. Darüber hinaus besitzen jene Jugendlichen, die in Organisationen eingebunden sind – seien es parteinahe Organisationen oder Organisationen der Zivilgesellschaft –, eine größere Bandbreite an Partizipationserfahrung. Die Erfahrungen, die junge Menschen durch ihr Engagement in politischen Organisationen sammeln, kommen ihnen bei anderen Formen der politischen Beteiligung zugute.

Zusammenfassung – Empfehlungen

Die häufigste Form der politischen Beteiligung unter Jugendlichen ist das Wählen. Es gilt ihnen als der effektivste Weg, um am politischen Geschehen teilzunehmen. Dessen ungeachtet ist innerhalb bestimmter Gruppen von jungen Wählern (sehr jung und niedrigere Bildung) und für bestimmte Wahlen (etwa zum Europäischen Parlament) die Wahlbeteiligung sehr gering. Wie die Daten belegen, haben höhere Bildung, aber auch größeres Wissen einen positiven Einfluss auf die politische Beteiligung: Mehr Informationen über die Möglichkeiten und die Effektivität des Wählens, aber auch über die Europäische Union und ihre politischen Institutionen könnten die Beteiligung an den EU-Wahlen erhöhen.

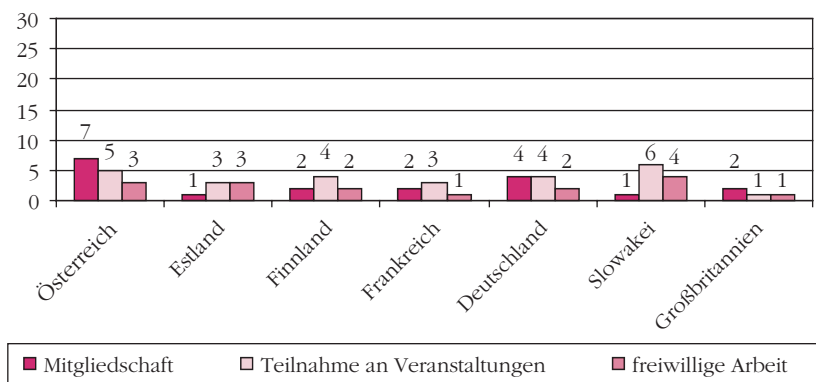
Die Schule hat sich als wichtige politische Sozialisationsinstanz erwiesen: Jene Schüler, die während ihrer Schulzeit die in den Schulen vorhandenen Strukturen nutzen, um sich politisch zu engagieren, sind zum einen auch außerhalb der Schule aktiv und bleiben dies zum anderen auch nach ihrer Schulzeit. Der Ausbau der an den Schulen vorhandenen Par-

Graphik 6: Mitgliedschaft und freiwillige Aktivität in Jugendorganisationen politischer Parteien



Quelle: EUYOUNG (Anm. 3).

Graphik 7: Mitgliedschaft und Aktivität innerhalb von Umweltorganisationen



Quelle: EUYOUNG (Anm. 3).

tizipationsmöglichkeiten – etwa durch die Schaffung neuer repräsentativer Funktionen und die Abhaltung von Wahlen oder Referenden – könnte eine breitere politische Beteiligung unter Schülern stimulieren. Darüber hinaus führen positive Partizipationserfahrungen zu einer höheren politischen Beteiligung.

Des Weiteren hat sich gezeigt, dass das politische Verhalten Jugendlicher substanziell mit politischen Organisationen verbunden ist. Jugendliche, die innerhalb parteinaher und auch zivilgesellschaftlicher Organisationen aktiv sind, zeigen sowohl ein intensiveres als auch ein breiteres politisches Aktivitätsni-

veau. Jene Organisationen, die junge Menschen in ihre Strukturen integrieren und an der Erarbeitung einer Jugendpolitik beteiligen, sollten daher gefördert werden. Vor allem die Mitarbeit in politischen Organisationen lehrt den jungen Menschen die notwendigen *Skills*, um sich erfolgreich innerhalb aller vorhandenen Partizipationsstrukturen politisch zu engagieren.

Wolfgang Gaiser · Martina Gille ·
Johann de Rijke ·
Sabine Sardei-Biermann

Zukunft Europa im Blick der Jugend

Das Projekt Europa zielt nicht nur auf ökonomische Harmonisierung und politische Vereinigung, sondern auch auf soziale Integration. Es geht also nicht nur um die Angleichung von Lebensverhältnissen und politischen Strukturen, sondern auch um gegenseitige Beziehungen und Bindungen. Unter diesem Aspekt kann „auf der individuellen Ebene auch die subjektive Identifikation der einzelnen Bürger und ihr Gefühl der Zugehörigkeit zu und der Verbundenheit mit Europa als Maßstab für den Grad der europäischen Integration betrachtet werden“.¹ Zwar finden sich Hinweise darauf, dass trotz der zunehmenden ökonomischen und politischen Integration die Identifikation der Gesamtbevölkerung mit Europa nicht zugenommen hat. Es gibt aber bei den jüngeren Generationen, für die die Europäische Union selbstverständlicher politischer Kontext ihres Aufwachsens ist, eher eine optimistische Haltung gegenüber Europa.

Wolfgang Gaiser

Dr. rer. soc., geb. 1946;
wissenschaftlicher Referent am
Deutschen Jugendinstitut (DJI),
München, Nockherstr. 2,
81541 München.
gaiser@dji.de

Martina Gille

Dipl.-Soz., geb. 1954; wissen-
schaftliche Referentin
am DJI, München.
gille@dji.de

Johann de Rijke

Dipl.-Soz., geb. 1946;
wissenschaftlicher Referent
am DJI, München.
derijke@dji.de

Sabine Sardei-Biermann

Dr. rer. pol., geb. 1946;
wissenschaftliche Referentin
am DJI, München.
sardei@dji.de

Jürgen Habermas hat insbesondere auf die subjektiven, also auch Einstellungen betreffenden Elemente für eine europäische Weiterentwicklung und Integration verwiesen. Er

betont, dass es weniger um die Entwicklung einer starken europäischen Identität geht, die am Ende die auf die nationale politische Gemeinschaft bezogenen Wertorientierungen ablösen soll, sondern um eine Offenheit gegenüber einer übernationalen politischen Meinungs- und Willensbildung über europäische Themen. Etwas emphatisch formuliert: „Es geht um Bedingungen, die erfüllt sein müssen, damit die Bürger ihre staatsbürgerliche Solidarität über ihre jeweiligen nationalen Grenzen hinaus mit dem Ziel einer wechselseitigen Inklusion erweitern können.“²

In einem solchen Sinne beschäftigen sich die folgenden Abschnitte mit Voraussetzungen möglicher verstärkter europäisch orientierter Bewusstseinsbildung. Im DJI-Jugendsurvey 2003³ wurden die Einstellungen junger Menschen gegenüber Europa und seinen Institutionen in dreierlei Hinsicht erfasst: Zum einen wurden Orientierungen gegenüber Europa wie Europakompetenz, nämlich das allgemeine Verständnis der Funktionsweise der EU, die persönliche Betroffenheit durch europapolitische Entscheidungen sowie die Bedeutung von Europa für die persönliche Zukunft thematisiert, zum anderen die Verbundenheit bzw. Identität mit Europa im Vergleich zur nationalen Ebene. Darüber hinaus wurde nach dem Vertrauen in europäische Institutionen gefragt. Im Folgenden werden die empirischen Ergebnisse zu diesen drei Einstellungsaspekten dargestellt.

¹ Heinz-Herbert Noll/Angelika Scheuer, Kein Herz für Europa? Komparative Indikatoren und Analysen zur europäischen Identität der Bürger, in: ISI, (2006) 35, S. 1 (ISI = Informationsdienst Soziale Indikatoren).

² Jürgen Habermas, Der gespaltene Westen. Kleine politische Schriften X, Frankfurt/M. 2004, S. 76.

³ Der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI), München, ist eines der großen replikativen Forschungsvorhaben, das im Rahmen der Sozialberichterstattung des DJI durchgeführt wird (Projekthomepage mit weiteren Literaturhinweisen: www.dji.de/jugendsurvey). Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt diese Forschung im Rahmen der Finanzierung des DJI. In den ersten beiden Wellen (1992 und 1997) wurden jeweils ca. 7 000 16- bis 29-jährige deutsche Personen befragt (West: ca. 4 500, Ost: ca. 2 500), in der dritten Welle (2003) 9 100 12- bis 29-Jährige mit deutscher und nicht-deutscher Staatsangehörigkeit (West: ca. 6 300, Ost: ca. 2 800). Da es bei dem hier vorgelegten Beitrag zum Teil um einen Vergleich von Ergebnissen aller drei Wellen geht, wird hier nur auf die gemeinsame Teilgruppe aller drei Wellen Bezug genommen. Dies sind die 16- bis 29-Jährigen mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Tabelle 1: Europaorientierungen 16- bis 29-Jähriger nach Geschlecht und Region, 2003 (in Prozent)*

	West			Ost			Deutschland
	weiblich	männlich	gesamt	weiblich	männlich	gesamt	insgesamt
A. Es ist mir klar, wie die Europäische Union funktioniert.	45	58	52	42	49	45	50
B. Entscheidungen, die von der Europäischen Kommission in Brüssel getroffen werden, betreffen auch mich.	65	74	70	57	60	59	67
C. Für meine persönliche Zukunft wird Europa immer bedeutsamer.	72	76	74	63	64	64	72

Quelle: DJI Jugendsurvey 2003.

* Die Frage lautete: Sagen Sie mir bitte zu jeder der folgenden Aussagen, inwieweit sie für Sie zutrifft. Die Antwortskala war 1 „trifft überhaupt nicht zu“ bis 6 „trifft voll und ganz zu“; die Skalenpunkte 4 bis 6 werden hier als „trifft zu“ ausgewiesen. Die „weiß nicht“-Antworten sind in den Berechnungen nicht berücksichtigt.

Europaorientierungen und Verbundenheiten

Die Einstellungen junger Menschen zu Europa sind durchaus differenziert (Tabelle 1). Die höchste positive Bewertung erfährt die Aussage C „Für meine persönliche Zukunft wird Europa immer bedeutsamer“ (72 % in Deutschland gesamt), gefolgt von Item B, das die persönliche Betroffenheit durch Europapolitik beinhaltet (67 %). Immerhin die Hälfte der Befragten (50 %) schreibt sich eine gewisse politische Kompetenz bezüglich eines Verständnisses der Funktionsweise der Europäischen Union zu. Hier ist jedoch zu berücksichtigen, dass der höchste Skalenpunkt (6) von nur 5 % der Befragten gewählt wird, der zweithöchste (5) von 18 % und die nächst schwächere Zustimmung (Skalenpunkt 3) von 27 % (Tabelle 1).

Europa ist für die meisten jungen Menschen Teil ihres Alltagslebens. Gefragt nach ihrer persönlichen Betroffenheit durch europapolitische Entscheidungen, antworten jedoch 10 % der Befragten mit „weiß nicht“ (zur Itemformulierung siehe Item B in Tabelle 1). Auch die Fragen, ob Europa bedeutsam für ihre Zukunft ist und ob sie die Funktionsweise der Europäischen Union verstehen (siehe Item C und A in Tabelle 1), können 4 bis 5 % der Befragten nicht beantworten. Ins-

besondere Befragte mit niedrigeren Bildungsressourcen haben hierzu keine Meinung.⁴

Jüngere Befragte schreiben sich geringere Europakompetenz (Item A) zu und fühlen sich auch weniger von Entscheidungen der Europäischen Kommission betroffen als ältere Befragte, wobei in allen Altersgruppen die Mädchen und jungen Frauen geringere Zustimmungswerte aufweisen. Diese geschlechtsspezifischen Differenzen korrespondieren mit den Befunden, dass Frauen sich generell weniger für Politik interessieren und sich auch geringere politische Kompetenz zuschreiben als Männer.⁵ Wichtiger als der Einflussfaktor Geschlechtszugehörigkeit erwei-

⁴ Tabellarisch nicht ausgewiesen. – Das Bildungsniveau wird im DJI-Jugendsurvey bei Befragten, die bereits das allgemeinbildende Schulwesen verlassen haben, durch den höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss bestimmt, den sie erreicht haben; bei Jugendlichen, die noch eine allgemeinbildende Schule besuchen, wird dafür der angestrebte Schulbildungsabschluss verwendet.

⁵ Vgl. Martina Gille, Mädchen und Politik: Gibt es einen weiblichen Blick auf Politik und politisches Engagement?, in: Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften Rostock, Jugend und Politik – Verdrossenheit?, hrsg. von Gudrun Heinrich. Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, (2004) 20, S. 33–54; Wolfgang Gaiser/Martina Gille/Johann de Rijke, Politische Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen, in: Beate Hoecker (Hrsg.), Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung, Opladen 2006.

Tabelle 2: Starke oder ziemliche Verbundenheit 16- bis 29-Jähriger mit Deutschland als Ganzem und mit der Europäischen Union 1992, 1997 und 2003 nach West- bzw. Ostdeutschland (in Prozent)*

Verbundenheit mit . . .	West			Ost		
	1992	1997	2003	1992	1997	2003
Deutschland als Ganzem	53	52	71	54	55	64
der Europäischen Union	37	26	40	21	19	31

Quelle: DJI Jugendsurvey 1992, 1997 und 2003.

* Die Frage lautete: Im Folgenden geht es um Fragen nach Ihrer Verbundenheit mit Ihrer Gemeinde bzw. Stadt, mit den alten und neuen Bundesländern, mit Deutschland als Ganzem und mit der Europäischen Union. Wie stark fühlen Sie sich mit Deutschland als Ganzem und seinen Bürgern verbunden? Wie stark fühlen Sie sich mit der Europäischen Union und ihren Bürgern verbunden? Als Antwortvorgaben gab es: „Ich fühle mich: stark verbunden, ziemlich verbunden, wenig verbunden, gar nicht verbunden“. Hier sind die Ergebnisse für „Deutschland als Ganzem“ und die „Europäische Union“ dargestellt.

sen sich das politische Interesse, der Bildungsabschluss und Fremdsprachenkenntnisse.¹⁶

Die größere Distanz der ostdeutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegenüber Europa, wie sie sich bereits bei den Europaorientierungen gezeigt hat (Tabelle 1), kommt auch bei den affektiven Bindungen zum Ausdruck. Die subjektive Identifikation mit den geographisch bzw. politisch definierten lebensräumlichen Einheiten Gesamtdeutschland sowie Europäische Union – im Sinne von Gefühlen der Zugehörigkeit und Verbundenheit – nimmt in den west- und ostdeutschen Bundesländern seit 1997 zu (Tabelle 2), wobei allerdings die Verbundenheit mit Europa gegenüber den anderen lebensräumlichen Einheiten¹⁷ deutlich nachgeordnet ist. Die Ge-

fühle von Verbundenheit zu beiden territorialen Einheiten werden von den Befragten in ihren Urteilen eng verknüpft und bestätigen somit die These multipler Identitäten.¹⁸

Auffallend ist, dass beide Aspekte der territorialen Verbundenheit in den ostdeutschen Bundesländern geringer ausgeprägt sind als in den westdeutschen. In Ostdeutschland ist die Identifikation mit dem eigenen Teil Deutschlands noch wichtiger als die Verbundenheit mit Deutschland als Ganzem (tabellarisch nicht ausgewiesen). Dies ist aber nicht im Sinne einer eindeutigen ostdeutschen Abgrenzungsidentität zu interpretieren, da die Verbundenheiten mit Ostdeutschland, Gesamtdeutschland und Europa relativ eng positiv miteinander verknüpft sind.¹⁹

Nationale und europäische Verbundenheiten werden von politisch interessierten Befragten stärker betont. Darüber hinaus ist die Wahrnehmung sozialer Benachteiligung für beide Aspekte affektiver Bindungen von großer Bedeutung. Befragte, die sich bezüglich der eigenen Lebensverhältnisse als benachteiligt einschätzen, sind deutlich weniger affektiv gebunden als jene, die den Eindruck haben, am gesellschaftlichen Wohlstand in angemessener Weise teilhaben zu können.¹⁰

¹⁶ Die Korrelationen zwischen den drei Europaorientierungen und dem politischen Interesse liegen zwischen .30 und .40, zwischen Europaorientierungen und Fremdsprachenkenntnissen zwischen .10 und .20. Ein Korrelationskoeffizient gibt die Stärke eines Zusammenhangs wider und kann Werte zwischen -1 (vollkommener negativer Zusammenhang), 0 (überhaupt kein Zusammenhang) und 1 (vollkommener positiver Zusammenhang) annehmen. Bei Einstellungsmerkmalen in Surveys geht man bei Werten über .50 von einem sehr starken Zusammenhang, zwischen .30 und .50 von einem mittleren bis starken und bei Werten zwischen .10 und .30 von einem geringen, aber klar vorhandenen, bis mittleren Zusammenhang aus.

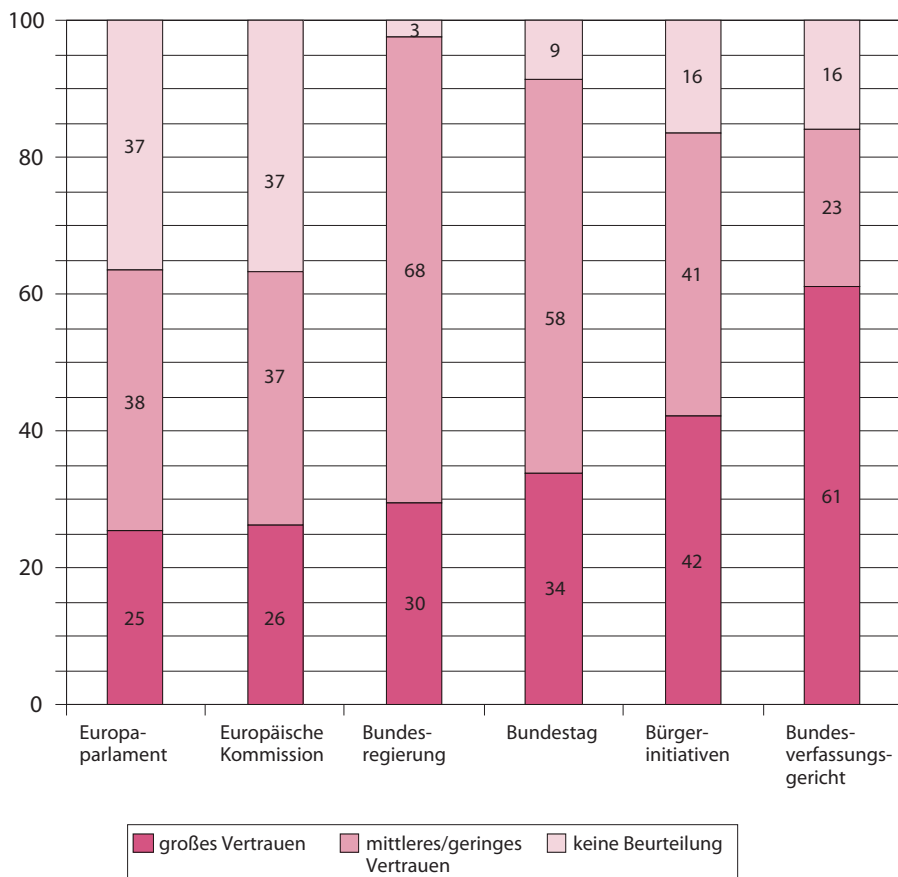
¹⁷ Im DJI-Jugendsurvey wurden zusätzlich die affektiven Verbundenheiten mit dem eigenen sowie mit dem anderen Teil Deutschlands erfasst. Vgl. Sabine Sardei-Biermann/Martina Gille/Wolfgang Gaiser/Johann de Rijke, Jugend in West und Ost. Deutsch-deutsche Verbundenheiten, gegenseitige Wahrnehmung und politische Einstellungen, in: Deutschland Archiv, 38 (2005) 6, S. 980–990.

¹⁸ Der Korrelationskoeffizient beträgt .37. Vgl. auch Bettina Westle, Europäische Identifikation im Spannungsfeld regionaler und nationaler Identitäten. Theoretische Überlegungen und empirische Befunde, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), 44 (2003), S. 453–482.

¹⁹ Vgl. S. Sardei-Biermann u. a. (Anm. 7), H.H. Noll/A. Scheuer (Anm. 1).

¹⁰ Die Frage hierzu lautete: „Im Vergleich dazu, wie andere hier in der Bundesrepublik leben: Glauben Sie,

Abbildung 1: Vertrauen in bundesdeutsche und europäische Institutionen 2003* (in Prozent)



Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003; Basis: deutsche Befragte, N = 6.326.

* Die Frage lautete: „Ich lese Ihnen nun eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Organisationen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder Einrichtung oder Organisation, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen.“ Vorgegeben war eine Antwortskala von 1 „überhaupt kein Vertrauen“ bis 7 „sehr großes Vertrauen“; darüber hinaus konnte „kann ich nicht beurteilen“ oder „kenne ich nicht“ angegeben werden. Die Skalenpunkte 5 bis 7 werden hier als „großes Vertrauen“ und die Skalenpunkte 1 bis 4 als „mittleres oder geringes Vertrauen“ bezeichnet; die beiden Kategorien „kann ich nicht beurteilen“ und „kenne ich nicht“ werden hier als „keine Beurteilung“ zusammengefasst.

Vertrauen in europäische Institutionen

Vielen Jugendlichen und jungen Erwachsenen – wie auch vielen Erwachsenen – ist Europa

dass Sie Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?“ Die ostdeutschen Befragten äußern dabei zu allen drei Erhebungszeitpunkten stärkere Gefühle der relativen Deprivation. Im Jahr 2003 nennen 48 % von ihnen die Kategorien „gerechter Anteil“ und „mehr als gerechter Anteil“, aber 68 % der Westdeutschen. Die Korrelationen zwischen Europaorientierungen und der Wahrnehmung sozialer Benachteiligung betragen zwischen .13 und .17.

als politischer Raum noch weit entfernt. Dies zeigt sich daran, dass mehr als ein Drittel der Befragten über europäische Institutionen wie zum Beispiel die Europäische Kommission oder das Europaparlament keine Beurteilung abgeben kann (*Abbildung 1*).¹¹ Nur etwa ein Viertel der jungen Menschen äußert gegenüber diesen Institutionen hohes Vertrauen. Aber nicht nur europäische Institutionen er-

¹¹ Diejenigen, die keine Beurteilung abgeben, antworten ganz überwiegend mit „Kann ich nicht beurteilen“ und nur sehr selten mit „Kenne ich nicht“; im Hinblick auf die europäischen Institutionen sind es 6 %, die diese nach eigenen Angaben nicht kennen.

halten wenig vertrauensvolle Beurteilungen seitens der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, dasselbe gilt auch für bundesdeutsche politische Institutionen wie Bundesregierung oder Bundestag; diesbezüglich bekundet nur etwa ein Drittel der jungen Menschen großes Vertrauen; allerdings ist die Beurteilungsfähigkeit dabei sehr viel größer. Es lässt sich zeigen, dass das ausgesprochene Vertrauen umso größer wird, je weiter weg vom politischen Alltagsgeschehen öffentliche Institutionen agieren.¹² Erst der Judikative – wie etwa dem Bundesverfassungsgericht, das auch eine vermittelnde Funktion zwischen Politik und Justiz erfüllt und damit relativ politikfern operiert – gelingt es, das Vertrauen der Mehrheit der jungen Menschen auf sich zu ziehen. Im Vergleich zu bundesdeutschen Institutionen erscheint das Vertrauen, das Jugendliche und junge Erwachsene europäischen Organisationen aussprechen, also gar nicht so gering, wenngleich ein erheblicher Unterschied in der Beurteilungsfähigkeit zu konstatieren ist. Betrachtet man allerdings nur die jungen Menschen, die großes, mittleres oder geringes Vertrauen bekunden, ergibt sich ein etwas anderes Bild: Ca. 40 % von ihnen sprechen den europäischen Institutionen ihr Vertrauen aus, während dasselbe nur für 30 % bezüglich der Bundesregierung und für 37 % bezüglich des Bundestages zutrifft; die vergleichsweise viel höhere Wertschätzung der Bürgerinitiativen und insbesondere des Bundesverfassungsgerichts bleibt aber auch dann erhalten.

Entsprechend der deutlichen Zunahme der subjektiven politischen Kompetenz junger Menschen mit dem Lebensalter¹³ zeigt sich auch bei der Einschätzung europäischer Institutionen eine erhebliche altersspezifische Zunahme der Beurteilungsfähigkeit; aber selbst von den 27- bis 29-Jährigen sind es noch ca. 30 %, die hier keine Beurteilung abgeben können. Die Steigerung der Beurteilungsmöglichkeit mit dem Alter führt aber nicht zu einem Anstieg vertrauensvoller Einschätzungen, im Gegenteil – diese nehmen mit

dem Alter etwas ab. Solche Altersunterschiede lassen sich auch bei der Einschätzung bundesdeutscher politischer Institutionen feststellen. Während junge Männer in etwa gleich häufig wie junge Frauen europäischen Institutionen ihr Vertrauen aussprechen, zeigen sich geschlechtsspezifische Differenzen bei der subjektiven Beurteilungsfähigkeit; junge Frauen äußern sich in dieser Hinsicht noch zurückhaltender als junge Männer. Auch dies entspricht geschlechtsspezifischen Unterschieden in der Selbstzuschreibung genereller subjektiver politischer Kompetenz.¹⁴

Ebenso wie bei politischen Einstellungen generell gibt es auch bei der Einschätzung europäischer Institutionen ausgeprägte Bildungsunterschiede. Mit dem Bildungsniveau nehmen das geäußerte Vertrauen und die Beurteilungsfähigkeit erheblich zu; junge Menschen mit Fachhochschulreife bzw. Abitur bekunden zu etwa einem Drittel großes Vertrauen, von denjenigen, die höchstens einen Hauptschulabschluss haben, ist dies nur ein Fünftel. Wie bei den Europaorientierungen gehen mehr Fremdsprachenkenntnisse und ein stärkeres politisches Interesse – die ihrerseits vom Bildungsniveau abhängen – mit einem größeren Vertrauen in europäische Institutionen einher.

Bei dem Vertrauen in europäische Institutionen lässt sich ein ausgeprägter Zusammenhang mit der Wahrnehmung von Benachteiligung in den eigenen Lebensverhältnissen feststellen; ein solcher Zusammenhang zeigte sich auch im Hinblick auf europäische und nationale Verbundenheiten. Junge Menschen, die meinen – im Vergleich zu anderen in der Bundesrepublik – etwas oder sehr viel weniger als „ihren gerechten Anteil“ zu erhalten, bekunden zu weniger als einem Fünftel Vertrauen, von denjenigen ohne solche Benachteiligungserfahrungen sind dies etwa ein Drittel. Offensichtlich befördert die Wahrnehmung von Benachteiligung die Distanz zu Europa.

Obwohl die Verbundenheit mit Europa in Ostdeutschland auch 2003 noch deutlich geringer ist als in Westdeutschland (*Tabelle 2*), sind die Ost-West-Unterschiede hinsichtlich des geäußerten Vertrauens in europäische Institutionen nur gering. Großes Vertrauen ist in Ostdeutschland nur um vier Prozentpunkte geringer als in Westdeutschland, und auch die Unterschiede in der subjektiven Beurteilungsfähigkeit sind vergleichbar gering.

¹² Vgl. Wolfgang Gaiser u. a., Zur Entwicklung der Politischen Kultur bei deutschen Jugendlichen in West- und Ostdeutschland. Ergebnisse des DJI-Jugendsurvey von 1992 bis 2003, in: Hans Merckens/Jürgen Zinnecker (Hrsg.), Jahrbuch Jugendforschung, 5. Ausgabe 2005, Wiesbaden.

¹³ Vgl. Johann de Rijke u. a., Wandel der Einstellungen junger Menschen zur Demokratie in West- und Ostdeutschland – Ideal, Zufriedenheit, Kritik, in: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, 1 (2006) 3.

¹⁴ Vgl. ebd.

Mit den Daten des DJI-Jugendsurvey lassen sich auch Veränderungen des Vertrauens in europäische Institutionen im Vergleich der Jahre 1997 und 2003 analysieren: Dabei zeigt sich, dass in dieser Zeit das Vertrauen sowie auch die subjektive Beurteilungsfähigkeit insbesondere in Ostdeutschland etwas zugenommen haben.

Europaorientierungen, Verbundenheiten und Vertrauen in Europa Institutionen

Die im DJI-Jugendsurvey erfassten drei Aspekte von Europaorientierungen (*Tabelle 1*) bilden eine Einstellungsdimension ab. Sie enthalten die Wahrnehmung der Relevanz von Europa und der Prozesse der europäischen Einigung sowie damit einhergehend ein Bewusstsein der politischen Bedeutung und des Verständnisses für eine politisch gedachte Einheit Europa. Dadurch wird sicher nur ein Aspekt möglicher Europaorientierungen erfasst, die insgesamt als politisches Selbstverständnis als Europäerin bzw. Europäer im Hinblick auf ein zukunftsfähiges Europa wichtig sein könnten und damit möglicherweise eine gewisse Solidarität für ein staatsbürgerliches Zusammengehörigkeitsgefühl bewirken.¹⁵ Für Jugendliche und junge Erwachsene können diese Einstellungsaspekte als günstige Voraussetzungen betrachtet werden, sich positiv auf Europa als politische Gemeinschaft zu beziehen.

Ein hohes Vertrauen in europäische Institutionen bildet hingegen eine eigenständige Dimension, die zwar mit positiven Einstellungen gegenüber Europa einhergeht, jedoch nicht als Teildimension verstanden werden kann. In diesem Vertrauen spiegelt sich wohl eher eine unmittelbare Wahrnehmung und Bewertung des engeren Politikbereichs wider, den diese Institutionen strukturieren. Gefühle der Verbundenheit wiederum scheinen jeweils Teilaspekte dieser Bezugnahme auf die EU zu enthalten, darauf deuten moderate empirische Beziehungen mit den beiden anderen Einstellungsbereichen (Europaorientierungen, Vertrauen in Europa Institutionen) hin. Jedenfalls wird selbst mit den berichteten wenigen Indikatoren klar, dass man nicht generell von einem homogenen Einstellungskomplex „EU-Orientierung“ sprechen kann,

¹⁵ So etwa J. Habermas (Anm. 2), S. 57.

sondern deren unterschiedliche Aspekte berücksichtigen muss.

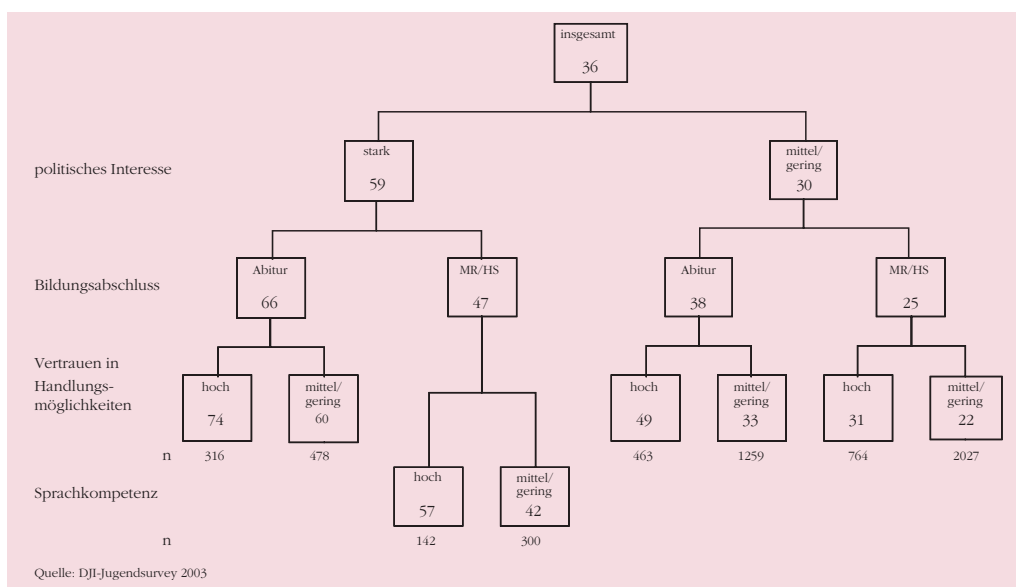
Was fördert Europaorientierungen?

Was fördert eine positive Einstellung gegenüber der EU? Im Folgenden werden einige Merkmale betrachtet, die als Kompetenzen angesehen werden können, sich in einer komplizierter werdenden modernen Gesellschaft, die durch wirtschaftliche Globalisierung und die faktische Relevanz europäischer Einigungsprozesse gekennzeichnet ist, zurechtzufinden.¹⁶ Dabei verwenden wir als EU-Einstellungen die Aspekte, die sich im letzten Abschnitt als eng miteinander zusammenhängend erwiesen haben (*Tabelle 1*).

Zum einen ist an *das politische Interesse* zu denken. Europa ist eine politische Einheit mit komplizierten Mechanismen des Funktionierens. Da Europa ein komplexes politisches Gebilde ist, wird es vermutlich für junge Menschen, die sich stärker für Politik interessieren, eher von Bedeutung sein als für jene, für die dies nicht zutrifft. Auch bei jungen Menschen mit *höherer Bildung* ist ein stärkeres Interesse an Europa zu vermuten. Es ist davon auszugehen, dass diese sich sowohl theoretisch – im Unterricht – als auch praktisch – durch die Nutzung von Möglichkeiten direkter Austauschbeziehungen, etwa Schüleraustausch oder Fahrten in das europäische Ausland – für Europa interessieren. Die intensivere Beschäftigung mit Sprachen im Gymnasium und während des Studiums trägt zur Horizontenerweiterung mit europäischer Blickrichtung bei. *Kompetenzen in mehreren Sprachen* sollen als zusätzliches Merkmal betrachtet werden, auch wenn ein starker Zusammenhang mit der Dauer der Schulbildung gegeben ist. Schließlich soll als förderliche Eigenschaft für EU-Orientierungen auch das *Vertrauen in die eigenen Handlungsmöglichkeiten* einbezogen werden. Als Konzept der „internen Kontrollüberzeugung“ soll es die individuelle Vorstellung ausdrücken, dass eigenes Verhalten und eigene Anstrengungen den Verlauf des Lebens zentral beeinflussen können, Ziele also durch eigene Fähigkeiten und Bemühungen erreicht werden können und man nicht auf Zufälle

¹⁶ Dabei ist allerdings zu beachten, dass die Befragung des DJI-Jugendsurvey vor der umfangreichen EU-Osterweiterung vom Mai 2004 erfolgte.

Abbildung 2: EU-Einstellungen nach politischem Interesse, Bildungsabschluss, Vertrauen in Handlungsmöglichkeiten und Sprachkompetenz (Angaben: starke positive EU-Einstellungen)*



* Definitionen der Faktoren und deren Ausprägungen s. Anm. 18.

oder Glück angewiesen ist.¹⁷ Solche Überzeugungen von der Realisierbarkeit eigener Handlungsmöglichkeiten könnten auch die Blickerweiterung auf die EU als relevantes Feld für Interessen und Aktivitäten stützen – so die hier verfolgte Annahme.

Haben diese Merkmale Einfluss auf Euro-orientierungen? Im Folgenden soll dieser Frage nachgegangen werden. Dabei wird man nicht an klare kausale Zusammenhänge denken können, sondern eher mit Wechselbeziehungen rechnen müssen: Beispielsweise ist eine gute Mehrsprachenkompetenz nicht eindeutig als „Ursache“ für eine stärkere Aufgeschlossenheit gegenüber Europa zu interpretieren, denn es könnte umgekehrt auch angenommen werden, dass die Wahrnehmung der Wichtigkeit der EU zum Lernen von mehreren Sprachen motivieren kann. Zunächst sind für alle Merkmale klare Zusammenhänge mit EU-Orientierungen zu konstatieren: Starkes politisches Interesse, ein höherer Bildungsabschluss,

¹⁷ Vgl. Nina Jacoby/Rüdiger Jacob, Messung von internen und externen Kontrollüberzeugungen in allgemeinen Bevölkerungsumfragen, in: ZUMA-Nachrichten, 45 (1999), S. 61–71.

ein starkes Vertrauen in eigene Handlungsmöglichkeiten sowie Mehrsprachenkompetenz hängen positiv mit EU-Orientierungen zusammen. Zur vereinfachten Darstellung der gemeinsamen Effekte dieser Variablen soll ein Kontrastgruppenvergleich dienen. In *Abbildung 2* wurden die Merkmale in dichotomisierter Form verwendet; angegeben sind jeweils die Anteile starker positiver EU-Orientierungen in Untergruppen, die durch diese Merkmale bzw. Kombinationen von ihnen gebildet werden.¹⁸ Dabei wird die Stichprobe

¹⁸ Die Variablen wurden wie folgt konstruiert: Starke EU-Orientierungen: Anteil derjenigen Befragten, die bei allen drei Items (*Tabelle 1*) einen der Skalenwerte von 4 bis 6 angegeben haben. Politisches Interesse: Frage „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“, „stark“, wenn Antwortvorgaben „sehr stark“ oder „stark“, „mittel/gering“, wenn Antwortvorgaben „mittel“, „wenig“ oder „überhaupt nicht“ angegeben waren. Bildungsabschluss: „Abitur“ entspricht Abitur oder Fachhochschulreife, „MR/HS“ den Abschlüssen mittlerer Reife, Hauptschulabschluss oder ohne Abschluss. Vertrauen in Handlungsbereitschaft: Mittlerer Summenwert von 3 Items („Ich übernehme gern Verantwortung“, „Es hat sich für mich als gut erwiesen, selbst Entscheidungen zu treffen, anstatt mich auf das Schicksal zu verlassen“, „Bei Problemen und Widerständen finde ich in der Regel Mittel und Wege, um

stufenweise nach den genannten Merkmalsausprägungen aufgeteilt, und für jede der sich daraus ergebenden Gruppen wird der Anteil starker positiver EU-Orientierungen ausgewiesen. Die auf der untersten Aufgliederungsebene entstandenen Gruppen weisen also jeweils unterschiedliche Merkmalskombinationen der betrachteten Variablen auf.¹⁹

Es wird deutlich, dass das politische Interesse zu den am stärksten differenzierenden Merkmalen zählt. Der Anteil positiver EU-Einstellungen beträgt bei Personen mit starkem politischen Interesse 59 %, bei denen mit mittlerem oder geringerem nur 30 % – was einer Differenz von 29 Prozentpunkten entspricht. Auf der nächsten Ebene wirkt der Bildungsabschluss: Bei starkem politischen Interesse liegt bei Personen mit Abitur der Anteil positiver EU-Einstellungen bereits bei 66 %, bei denen, die höchstens die Mittlere Reife haben, bei 47 %. Die entsprechenden Werte bei geringerem politischen Interesse sind deutlich niedriger, aber es ist sehr wohl noch ein Bildungseffekt zu erkennen (38 % gegenüber 25 %).

Als drittstärkstes Merkmal wird schließlich das Vertrauen in die eigenen Handlungsmöglichkeiten, die internen Kontrollüberzeugungen, einbezogen. Dies verstärkt die EU-Einstellungen bei starkem politischen Interesse und hohem Bildungsabschluss noch einmal: Bei der Gruppe, die zusätzlich zu diesen Merkmalskombinationen starkes Vertrauen in eigene Handlungsmöglichkeiten hat, beträgt der Anteil hoher positiver EU-Einstellungen 74 %, bei denen mit geringerem Vertrauen immer noch 60 %. Der geringste Wert an EU-Zustimmung ist gegeben, wenn geringes politisches Interesse, geringere Bildung

mich durchzusetzen“; Antwortvorgaben von 1-„trifft überhaupt nicht zu“ bis 6-„trifft voll und ganz zu“), „hoch“: Werte über 5, „mittel/gering“: Werte bis 5 (diese Dichotomisierung wurde gewählt, da die Werte 1 bis 3 nur sehr gering besetzt waren). Sprachkompetenz: Frage „Welche Sprachen – außer Deutsch – können Sie so gut, dass Sie sich mit anderen unterhalten können?“ 10 Sprachvorgaben, „hoch“: mehr als 1 zusätzliche Sprache angegeben, „mittel/gering“: maximal 1 zusätzliche Sprache angegeben.

¹⁹ Die Aufgliederung erfolgte mit dem Auswertungsprogramm „SPSS Answer Tree“. Als Kriterium der sukzessiven Aufgliederung, ausgehend von der Insgesamt-Zelle, wurde der CHAID-Algorithmus verwendet, der auf der Basis von Chi-Quadrat-Statistiken auf jeder weiteren Stufe jeweils das Merkmal auswählt, das den größten Unterschied von starken EU-Orientierungen beinhaltet.

und wenig Vertrauen in die eigenen Handlungschancen zusammentreffen: Er liegt bei 22 %. Bemerkenswert ist noch, dass bei der Gruppe mit geringem Politikinteresse, aber höherer Bildung und stärkerer Kontrollüberzeugung der Anteil positiver EU-Orientierungen 49 % beträgt – und damit deutlich über dem Gesamtdurchschnitt (36 %, oberste Zelle) liegt. Bildung und ein woher auch immer gewonnenes Selbstbewusstsein kann auch bei geringem politischen Interesse zur Wahrnehmung der Relevanz der EU führen. Aus der Abbildung kann des weiteren entnommen werden, dass ein niedriger Bildungsabschluss bei starkem politischen Interesse durch eine hohe Sprachkompetenz ausgeglichen werden kann: Der Anteil positiver EU-Einstellungen beträgt in dieser Gruppe 57 %. Bei den anderen Gruppen wirkt mehrfache Sprachkompetenz auf der nächsten Stufe kaum noch zusätzlich.

Insgesamt bestätigt die multivariate Analyse die Wirksamkeit der betrachteten Merkmale für eine positive Wahrnehmung der EU-Relevanz, wobei die stärksten Unterschiede das politische Interesse hervorbringt, dann das Bildungsniveau und schließlich das Vertrauen in eigene Handlungsmöglichkeiten. Aber es sollte hier wiederholt werden, dass es sich eher um dynamisch sich verstärkende Wechselbeziehungen handelt, weniger um eindeutig gerichtete Kausalzusammenhänge. Die entgegengesetzten Merkmalskombinationen haben dabei Werte von 74 % (starkes politisches Interesse, hohe Bildung, starkes Vertrauen in Handlungsmöglichkeiten) und 22 % (jeweils mittlere bis geringe Ausprägungen), wobei zu bemerken ist, dass die Gruppen mit hohen Merkmalskombinationen in der Regel deutlich geringer besetzt sind als die komplementären.

Zusammenfassung und Ausblick

Einstellungen zu Europa sind nicht in einer einzigen Dimension erfassbar. Dabei sind politisch orientierte Wahrnehmungen und Bewertungen von größerer Bedeutung, aber auch solche, welche die Zukunftsvorstellungen und Möglichkeiten der eigenen Lebensplanung betreffen. Die Europaorientierungen Jugendlicher und junger Erwachsener lassen erkennen, dass die nachwachsende Generation in Deutschland die Relevanz von Europa und die Prozesse der europäischen Einigung mehrheit-

lich durchaus wahrnimmt und sich der Bedeutung einer politisch gedachten Einheit Europas bewusst ist. Die positive Bezugnahme auf Europa ist aber – ebenso wie die affektive Verbundenheit – im Westen Deutschlands deutlich stärker ausgeprägt. Bei der Bewertung von europäischen Institutionen gibt ein nicht unbeträchtlicher Anteil von jungen Menschen keine Beurteilung ab. Diejenigen, die Vertrauen bekunden, halten die europäischen Institutionen nicht für weniger glaubwürdig als die politiknahen Institutionen in Deutschland wie Bundesregierung und Bundestag, wobei allerdings das Vertrauensniveau deutlich geringer ist als etwa gegenüber einer Institution wie dem Bundesverfassungsgericht. Starkes politisches Interesse, ein höherer Bildungsabschluss, Vertrauen in eigene Handlungsmöglichkeiten sowie eine Mehrsprachenkompetenz hängen positiv mit EU-Orientierungen zusammen. Dabei können sogar höhere Bildung und ein Bewusstsein der Wirksamkeit eigenen Handelns auch bei geringem politischen Interesse eine ausgeprägte Wahrnehmung der Relevanz der EU mit sich bringen. Aber auch ein niedriger Bildungsabschluss geht nicht notwendigerweise mit Distanz zu Europa einher, sondern kann durch politisches Interesse und Sprachkompetenz in seiner Wirkung auf EU-Einstellungen ausgeglichen werden.

Die Entwicklung der Einigung Europas ist ein langwieriger Prozess. Während jedoch die älteren Jahrgänge der Bevölkerung diese Entwicklung selbst erfahren haben, stellt sich für die heranwachsende Jugend Europa als ein komplexer – wenn auch noch weiter in Entwicklung befindlicher – Raum für politische Prozesse und eigenes Handeln dar. Eine erfolgreiche Nutzung dieser Handlungsräume und eine Ermöglichung der Ausbildung eines auch auf Europa gerichteten Bewusstseins werden durch Kompetenzen und Chancenwahrnehmung im Aufwachsen gefördert. Allerdings wirkt sich die Erfahrung von Benachteiligung und unzureichendem Zugang zu den weiterreichenden Möglichkeiten überregionaler und übernationaler Integration einschränkend auf ein positives Bild von Europa aus. Auch von daher sind die Stärkung von Bildung, insbesondere politischer Bildung, und die Förderung individueller Handlungskompetenzen wichtig für die Zukunftsfähigkeit der nachwachsenden Generationen.

Axel Pohl · Andreas Walther

Benachteiligte Jugendliche in Europa

Das Wesen der Jugend an sich ist dabei, sich unter wirtschaftlichem und sozio-kulturellem Druck zu verändern. Jugendliche erreichen verschiedene Phasen des Lebens später als vorangegangene Generationen und auf weniger linearen Wegen als früher. . . Der Übergang in den Arbeitsmarkt ist für Jugendliche mit Schwierigkeiten verbunden – die Jugendarbeitslosigkeit ist mehr als doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote in Europa (17,9 % . . . verglichen mit 7,7 % bei den über 25jährigen). Jugendliche sind besonders dem Armutsrisiko ausgesetzt (19 % . . . verglichen mit 12 % der 25- bis 64-Jährigen).“¹

Mit dieser Diagnose leitet die Europäische Kommission ihre „Mitteilung über europäische Politiken im Jugendbereich“ anlässlich des 2005 beschlossenen Europäischen Paktes für die Jugend ein. Sie greift damit einen Problemkomplex auf, der nicht nur auf nationaler, sondern zunehmend auch auf europäischer Ebene als politische Herausforderung betrachtet wird. Die Zwischenbilanz der im Jahr 2000 verabschiedeten Lissabon-Strategie, die Europa zur

¹ Europäische Kommission: Mitteilung der Kommission an den Rat über europäische Politiken im Jugendbereich. Die Anliegen Jugendlicher in Europa aufgreifen – Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend und Förderung der aktiven Bürgerschaft. SEC (2005) 693; www.ec.europa.eu/youth/white-paper/post-launch/com_206_de.pdf (20. 7. 2006).

Axel Pohl

Dipl.-Päd., geb. 1968; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für regionale Innovation und Sozialforschung, IRIS e.V., Fürststraße 3, 72072 Tübingen. axel.pohl@iris-egris.de
www.iris-egris.de

Andreas Walther

Dr., geb. 1964; wissenschaftlicher Mitarbeiter am IRIS e.V. sowie wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Tübingen. andreas.walther@iris.egris.de
www.iris-egris.de

wettbewerbsfähigsten Wissensgesellschaft der Welt machen soll, fiel nicht nur wenig ermutigend aus, sondern zeigte, dass vor allem arbeitslose Jugendliche vergleichsweise wenig von Eingliederungs- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen profitierten. Dies gilt in besonderem Maße auch für Deutschland, wo seit Mitte der neunziger Jahre das Angebot von Ausbildungsplätzen abgenommen und Jugendarbeitslosigkeit erheblich zugenommen hat. Unter dem Eindruck schlechter Schulleistungen besonders von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und aus sozial schwachen Familien – auch im internationalen Vergleich – wird dies neuerdings als ‚mangelnde Ausbildungsreife‘ diskutiert.¹²

Das Zitat nimmt jedoch auch Bezug auf die jüngere europäische Jugendforschung, die den Wandel der Bedingungen sozialer Integration zunehmend unter der Perspektive von Lebenslauf und Biographie analysiert. Dabei gelten die Übergänge zwischen Jugend und Erwachsenenstatus, die sich zunehmend ins dritte Lebensjahrzehnt ausdehnen, als Kulminationspunkte des Zusammenwirkens von sozialen Strukturen und individuellem, biographischem Handeln. Auf der einen Seite verlaufen sie in strukturellen Bahnen, geprägt von Bildungssystem, Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat. Im internationalen Vergleich aufscheinende strukturelle Unterschiede lassen sich unterschiedlichen ‚Übergangsregimes‘ – unterschiedlichen Weisen der Integration der jungen Generation in die Gesellschaft – zuordnen. Auf der anderen Seite sind sie in biographischer Perspektive zu bewältigende Anforderungen und Schnittstellen subjektiver Lebensentwürfe. Im Zuge gesellschaftlicher Modernisierung ist eine Entstandardisierung von Lebensläufen und Übergängen erfolgt: Übergänge sind umkehrbar, weil einzelne Schritte zurückgenommen werden müssen; sie sind fragmentiert, weil unterschiedliche Teilübergänge – in Bezug auf Familie, Lebensstil, Wohnsituation usw. – sich nicht mehr automatisch aus dem Übergang in die Arbeit ergeben, sondern eigenen Rhythmen folgen; sie sind individualisiert, weil sie zunehmend ohne Rückgriff auf zuverlässige, kollektive Muster entschieden und

¹² Vgl. Konsortium Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland, Ein indikatorengestützter Bericht, mit einer Analyse zu Bildung und Migration, Bielefeld 2006.

verantwortet werden müssen – auch wenn Ressourcen und Möglichkeiten nach wie vor ungleich verteilt sind. Soziale Ungleichheit und Benachteiligung bedeuten in diesem Kontext nicht mehr nur unterschiedliche Chancen sozialer Mobilität, sondern zunehmend Risiken sozialer Ausgrenzung. Deshalb fordert die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung weiter „einen auf dem Lebenszyklus basierenden Ansatz in der Beschäftigungspolitik ... unter anderem durch verstärkte Bemühungen, Jugendlichen Beschäftigungspfade zu öffnen und die Jugendarbeitslosigkeit abzubauen, sowie durch konsequente Beseitigung geschlechtsspezifischer Unterschiede“.¹³

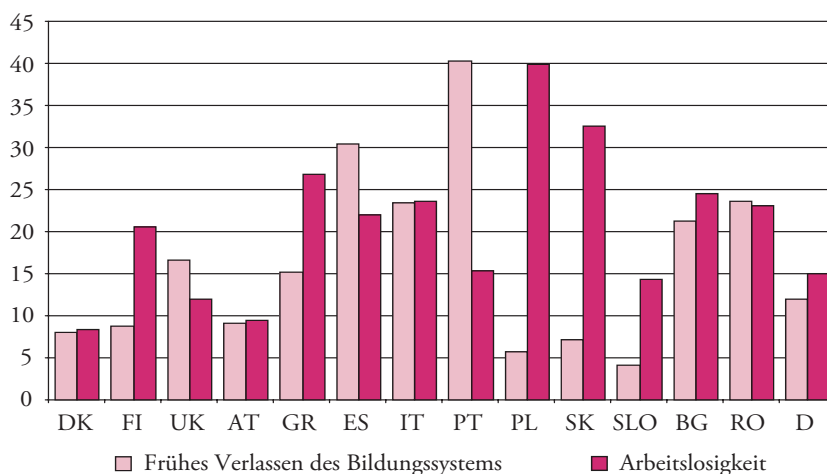
Was dies heißen kann, was einzelne europäische Staaten darunter verstehen und wie sie dabei voneinander lernen können, ist Inhalt dieses Beitrags, der Ergebnisse einer Studie zum Vergleich von Maßnahmen für benachteiligte Jugendliche präsentiert, die die Autoren im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt haben.

Maßnahmen für benachteiligte Jugendliche in Europa

In ihrem Bemühen, die Mitgliedsstaaten zu wirksameren politischen Strategien im Sinne der Lissabon-Strategie zu bewegen, setzt die Europäische Kommission auf die Offene Methode der Koordinierung. Dies bedeutet, dass auf der Ebene des Europäischen Rates von den Staatschefs oder Fachministern gemeinsame Ziele beschlossen werden, es den Mitgliedsstaaten jedoch frei steht, wie sie diese erreichen, solange sie sich einem gemeinsamen Monitoring-Prozess unterziehen. Maßnahmen der erfolgreicherer Länder werden dabei in Prozessen gegenseitigen Lernens (‚mutual learning‘) als ‚best practice‘ zur Orientierung oder Nachahmung empfohlen. Dieses Verfahren wird inzwischen in der Arbeitsmarktpolitik, der Jugendpolitik, in der Bildungspolitik (mit Einschränkungen) und in Bezug auf die soziale Eingliederung benachteiligter Gruppen angewandt. In letzterem Kontext gab die Kommission zur Unterstützung der Offenen Methode eine Studie in Auftrag, um diesen Prozess durch einen Vergleich der nationalen Ansätze und ihrer Wir-

¹³ Europäische Kommission (Anm. 1).

Schaubild 1: Frühes Verlassen des Bildungswesens (in Prozent der 18- bis 24-Jährigen) und Jugendarbeitslosigkeit (in Prozent der 15- bis 24-jährigen Erwerbsbevölkerung) 2004



Quelle: Eurostat, Arbeitskräfteerhebung 2004.

kungen mit wissenschaftlichen Erkenntnissen zu unterfüttern sowie Vorschläge hinsichtlich einer höheren Wirksamkeit von Integrationsmaßnahmen zu entwickeln.¹⁴ Die Studie wurde in 13 Ländern durchgeführt: Bulgarien, Finnland, Griechenland, Italien, Polen, Portugal, Rumänien, Slowakei, Spanien sowie im Vereinigten Königreich. Auswahlkriterium waren die überdurchschnittlichen Quoten an Jugendarbeitslosigkeit oder frühzeitigem Verlassen des Bildungssystems (‘Early school leaving’).¹⁵ Als Kontrastländer nahmen außerdem Dänemark, Österreich und Slowenien teil.¹⁶ Aufbauend auf der Analyse nationaler

und europaweiter Daten sowie von ‚good-practice‘-Beispielen wurde in der Studie den Fragen nachgegangen, wer die benachteiligten Jugendlichen und welches ihre sozioökonomischen Charakteristika sind, auf welche Probleme sie im Übergang von der Schule in die Arbeit treffen, welche Wirkungen Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und gegen das frühzeitige Verlassen des Bildungssystems haben und welches die Faktoren für Erfolg oder Scheitern solcher Maßnahmen sind.

Der Analyseprozess umfasste außerdem Konsultationen mit über 200 Expertinnen und Experten aus Praxis und Politik auf nationaler und europäischer Ebene.

Das der Studie zu Grunde liegende Verständnis von Benachteiligung nimmt seinen Ausgang im Wechselverhältnis zwischen sozialen Strukturen und individuellem Handeln, das konstitutiv für soziale Integration ist. Wer wo und warum als ‚benachteiligt‘ gilt, lässt sich im internationalen Vergleich entlang dieser zwei Pole festmachen: Auf der einen Seite stehen eher individualisierende Zuschreibungen von Benachteiligung im Sinne von (Sozialisations-)Defiziten in Bezug auf Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit bzw. Arbeitswilligkeit, auf der anderen Seite Ansätze, die Benachteiligung eher Strukturproblemen wie segmentierten Arbeitsmärkten und fehlenden Berufsbildungs- und Wohlfahrtsstrukturen zuschreiben, wie

¹⁴ Die Studie wurde von den Autoren im Auftrag von IRIS e.V., Institut für regionale Innovation und Sozialforschung in Tübingen/Hechingen koordiniert. Unterstützt wurden sie von einem Netzwerk von Experten in den beteiligten Ländern. Weitere Informationen zur Studie sowie Abschlussbericht: Andreas Walther/Axel Pohl, Thematic Study on Policy Measures concerning Disadvantaged Youth, Tübingen 2005; www.iris-egris.de/projekte/disyouth.

¹⁵ Die EU definiert arbeitslose Jugendliche als die unter 25-Jährigen, die zum Befragungszeitpunkt nicht in Arbeit, aber auf Arbeitssuche sind; FrühabgängerInnen des Bildungssystems meint alle 18- bis 24-Jährigen ohne allgemein- oder berufsbildenden Abschluss der Sekundarstufe II, die momentan an keiner Bildungsmaßnahme teilnehmen.

¹⁶ Deutschland wurde nicht als Kontrastland ausgewählt, weil zum einen die Entwicklungen der vergangenen Jahre eher in Richtung einer Zunahme an Problemen weisen, und zum anderen, um die deutsche Projektkoordination nicht mit der ‚Verteidigung‘ eines ‚good practice‘-Modells zu vermischen und zu belasten.

Tabelle 1: Konstellationen frühen Verlassens des Bildungssystems

Frühes Verlassen des Bildungssystems	Länder	Soziale Ungleichheit*	Schulsystem	Ausbildung	Zugang zu Hochschulbildung**
Niedrig (< 10 %)	AT	Mittel	Selektiv	Duale Ausbildung	Niedrig
	DK, FI, SLO	Niedrig	Gesamtschule	Berufsschule	Niedrig – Mittel
	PL, SK	Mittel	Gesamtschule	Berufsschule	Niedrig – Mittel
Mittel (10–20 %)	GR	Hoch	Gesamtschule	Berufsschule	Hoch
	UK	Hoch	Gesamtschule	Berufsschule	Mittel
Hoch (> 20 %)	BG, ES, IT, PT, RO	Mittel-Hoch	Gesamtschule	Berufsschule	Niedrig – Hoch

* Ungleichheit der Einkommensverteilung 2001 (Gini-Koeffizient; Slowakei 2003): Niedrig = < 25; Mittel = 25–30; Hoch = > 30 und Armutsrate (2001): Niedrig = < 14; Mittel = 14–17; Hoch = > 17 (Eurostat); ** % der 20-jährigen in Hochschulbildung (Niedrig = < 35 %; Mittel = 35–50 %, Hoch = > 50 %; Eurostat).

Quelle: A. Walther/A. Pohl (Anm. 4).

dies lange vor allem in Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit (z. B. Südeuropa) die Regel war.

Benachteiligung steht also für die ungleiche Verteilung von Chancen und das Risiko sozialen Ausschlusses in den individuellen Übergangsverläufen von Bildung in Beschäftigung und resultiert aus dem komplexen Zusammenspiel struktureller und individueller Faktoren. Dazu zählen einerseits fehlende Zugänge zu und Erreichbarkeit von (Aus-)Bildung oder Arbeit sowie die geringe subjektive Relevanz verfügbarer Übergangsoptionen. Andererseits werden strukturelle Mängel häufig durch individuelle Entscheidungen und Handlungen noch verstärkt. Diese sind jedoch keineswegs nur als individuelle Dispositionen, sondern auch als Reaktionen auf Erfahrungen des Scheiterns und als Ausdruck begrenzter Ressourcen zu sehen. Statt auf ‚Problemgruppen‘ richtet sich der Blick deshalb auf Konstellationen von Benachteiligung.

Das *Schaubild 1* zeigt deutliche Unterschiede zwischen den beteiligten Ländern – sowohl in Bezug auf das frühzeitige Verlassen des Bildungssystems als auch auf Jugendarbeitslosigkeit. Aber so, wie die Entstandardisierung die klare Unterscheidung und Zuschreibung von erfolgreichen und scheiternden, normalen und abweichenden Übergängen erschwert, so zwingt auch der internationale Vergleich zur Differenzierung in

Bezug auf scheinbar allgemein gültige Dimensionen von Benachteiligung. So ist nicht nur die Struktur des Bildungswesens für das Ausmaß frühzeitigen Verlassens des Bildungssystems verantwortlich, sondern auch das Ausmaß von Armut und sozialer Ungleichheit. Und es sind primär die männlichen Jugendlichen betroffen. *Tabelle 1* zeigt die an der Studie beteiligten Länder, sortiert nach dem Anteil früher Abgänger aus dem Bildungssystem im Verhältnis zur Ausprägung einiger zentraler institutioneller und struktureller Faktoren.

Auch in Bezug auf Jugendarbeitslosigkeit sind junge Frauen nicht mehr generell stärker betroffen als junge Männer; besonders in Dänemark, Rumänien, der Slowakei und dem Vereinigten Königreich ist die Arbeitslosigkeit unter jungen Männern höher. Vergleichbares gilt für den Zusammenhang zwischen Schulabschluss und Arbeitslosigkeit, der keineswegs in allen Ländern gleichermaßen besteht. So sind in Süd- und Südosteuropa Absolventinnen und Absolventen mit Sekundar- oder Hochschulabschlüssen in höherem Ausmaß von Arbeitslosigkeit betroffen als diejenigen, die das Bildungssystem früh verlassen. Auch wenn Arbeitsmarktentwicklungen möglicherweise stärker ökonomisch als institutionell bedingt sind, ist der Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und Jugendarbeitslosigkeit doch schwächer als vielfach vermutet. Allerdings darf in Bezug auf den Arbeitsmarkt Benachteiligung nicht auf Arbeitslosigkeit reduziert werden, sondern es muss auch die Zunahme und Vielfalt prekärer und atypischer Beschäftigungsverhältnisse berücksichtigt werden: eine Entwicklung, die – nicht nur in Südeuropa – auch die höher qualifizierten jungen Frauen und Männer trifft (z. B. aktuell Frankreich). *Tabelle 2* setzt die nach Umfang der Jugendarbeitslosigkeit sortierten Länder ins Verhältnis zu strukturellen Arbeitsmarktindikatoren.

In Bezug auf Jugendarbeitslosigkeit sind Statistiken auch deshalb irreführend, weil sich die meist zitierte Jugendarbeitslosenrate nicht auf die jugendliche Gesamtbevölkerung, sondern nur auf die jugendliche Erwerbsbevölkerung bezieht. Diese wiederum schwankt erheblich, abhängig von der Bildungsbeteiligung und dem Anteil derer, die sich vom formalen Übergangssystem zurückgezogen haben – aus gesundheitlichen oder

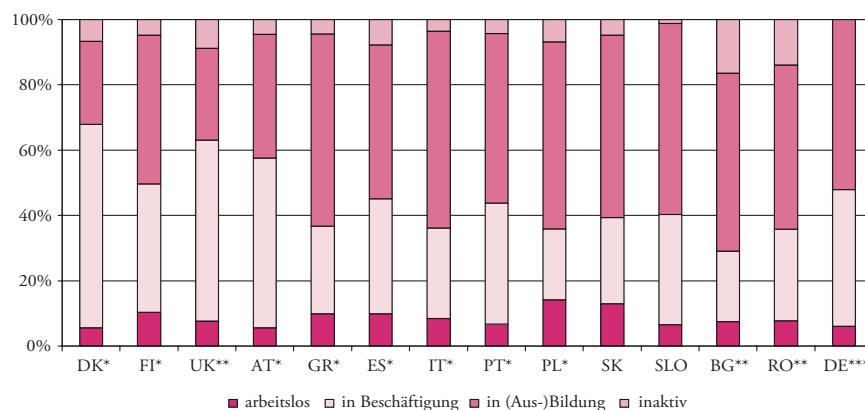
Tabelle 2: Konstellationen von Jugendarbeitslosigkeit

Jugendarbeitslosenrate *	Länder	Arbeitslosigkeit nach Bildung		Langzeitarbeitslosigkeit**	Stärker betroffenes Geschlecht	Wirtschaftswachstum***
		< Sek. I	> Sek. II			
Niedrig (< 10 %)	AT	Höher	Niedriger	Mittel	Frauen	Niedriger
	DK, UK			Niedrig	Männer	Durchschnitt
Mittel (10–20 %)	SLO	Höher	Niedriger	Hoch	Frauen	Durchschnitt
	PT	Durchschnitt	Durchschnitt	Mittel		Niedriger
Hoch (> 20 %)	FI	Höher	Niedriger	Niedrig	Gleich	Durchschnitt
	BG, SK			Hoch	Männer	Höher
	RO	Durchschnitt	Durchschnitt	Mittel	Frauen	Durchschnitt
	PL					Niedriger
	IT					Niedriger
	GR					Niedriger
	ES					Höher

* EUROSTAT, 2004; ** Langzeitarbeitslosenrate (> 1 Jahr) unter jugendlichen Arbeitslosen (Niedrig = < 30 %, Mittel = 35–50 %; Hoch = > 50 %); *** nach BIP-Wachstum, Produktivität und Beschäftigungsrate im Vergleich zum EU-Durchschnitt (Eurostat 2004).

Quelle: Walther/Pohl (Anm. 4).

Schaubild 2: Primärer Status von 15- bis 24-Jährigen (in Prozent) 2004



Quelle: Eurostat, 2004, eigene Berechnungen. * Daten teilweise von 2002; ** Nationale Daten; *** Daten zu Inaktivität fehlen.

familiären Gründen oder weil sie keine Perspektiven (mehr) für sich sehen (die auf Grund ihres beruflichen Status „Null“ so genannten „Status-Zero-Jugendlichen“). *Schaubild 2* zeigt daher, wie sich die 15- bis 24-jährigen jungen Frauen und Männer auf die Situationen Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, (Aus-)Bildung und Nichterwerbstätigkeit verteilen.

Im Zentrum des Interesses der Studie standen die in den unterschiedlichen Ländern angewendeten Maßnahmen für benachteiligte

Jugendliche bzw. die Frage nach ihrem Einfluss auf den Zusammenhang zwischen dem Verlassen des Bildungssystems und Jugendarbeitslosigkeit. Entsprechend der Deutungsmuster von Benachteiligung lassen sich auch diese Maßnahmen unter der Perspektive individualisierende versus strukturbezogene Ansätze analysieren. Eine quer dazu liegende Dimension ist die Unterscheidung von präventiven Maßnahmen, die darauf zielen, Jugendarbeitslosigkeit zu vermeiden; oder kompensatorischen, die versuchen, arbeitslose Jugendliche wieder in Arbeit zu bringen.

Maßnahmen gegen das frühe Verlassen des Bildungssystems

Die folgende Übersicht beginnt bei den eher strukturbezogenen, präventiven Ansätzen und endet bei den individualisierenden, kompensatorischen:

- **Schulreformen** zur Modernisierung von Bildungsgängen in Bezug auf Dauer und Durchlässigkeit, den Ausbau beruflicher Bildungsgänge und die Entwicklung nationaler Bildungsrahmensysteme;
- **Bildungsgeld** zum Ausgleich sozialer Ungleichheit; entweder individuell, bedarfsbezogen oder als Koppelung familialer Sozialleistungen an den Schulbesuch der Kinder;
- **Beratung** zur Problemlösung und Unterstützung bei Bildungsentscheidungen durch Vertrauenslehrer, Schulsozialarbeiter oder spezialisierte Berater für alle Schüler;
- **Stützunterricht** und sonderpädagogische Maßnahmen innerhalb der Regelschule durch individualisierte Lehrpläne, zusätzliches Personal sowie flexible Unterrichtsformen;
- **‘Second-Chance’-Schulen** zum Nachholen von Abschlüssen, entweder in Verbindung mit beruflicher Bildung oder in Abendschulen;
- **Anerkennung informeller Kompetenzen** im Kontext nationaler Bildungsrahmensysteme bzw. in Zentren zur Feststellung, Anerkennung und Zertifizierung;
- **(Berufs)vorbereitende Maßnahmen** in Bezug auf persönliche Kompetenzen, Bewerbungstraining, Praktika, Ausbildungsvorbereitung, die jedoch nur zum Teil auf die spätere Ausbildung anrechenbar sind.

Berücksichtigt man den Zusammenhang zwischen individuellen Bildungsentscheidungen und strukturellen Bedingungen, so erscheint es folgerichtig, dass sich Länder mit niedrigen Bildungsquoten oder einer rapiden Abnahme in den vergangenen Jahren durch eine Koordination von Maßnahmen auszeichnen, in denen Schulreformen mit finanzieller Unterstützung sowie individueller Beratung kombiniert sind. Dies gilt vor allem für Dä-

Tabelle 3: Policy-mixes gegen das frühzeitige Verlassen des Bildungssystems

Länder	Reformen	Bildungsgeld	Beratung	Individuelle Förderung in der Regelschule	Nachholen von Abschlüssen	Berufsvorbereitung	Sonderschulen	Integrierte Ansätze
<i>Niedrig</i>								
DK, FI	+	++	++	++	+/-	++	+/-	++
AT	+/-	+	+/-	+(+)	+	++	+	+
SLO	++	+	+	++	+	+	+/-	+(+)
PL, SK	++	+/-	+/-	+	+	+	++	+/-
<i>Mittel</i>								
GR	+/-	+/-	+	++	++	+/-	+	+/-
UK	+(+)	+(+)	+(+)	+	+	+	+	++
<i>Hoch</i>								
PT	++	+/-	+/-	+	+	+	+	+/-
ES, IT	++	+/-	+/-	+	+	+	+/-	+
BG, RO	++	+/-	+/-	+(+)	+	+	+/-	+

Skalen: – nicht vorhanden; +/- unbedeutend; + wichtig; ++ zentral (Einschätzung nach Relevanz in Nationalen Aktionsplänen nach Deckungsgrad, Finanzvolumen und qualitativen Faktoren).
Quelle: A. Walther/A. Pohl 2005 (Anm. 4).

nemark, Slowenien und das Vereinigte Königreich, aber auch für die rumänische „Strategie für den verbesserten Zugang benachteiligter Gruppen zu Bildung und Ausbildung“. Griechenland ist insofern ein Ausnahmefall, als es dort durch primär individualisierende Maßnahmen gelang, die Rate niedriger Bildungsabschlüsse zu halbieren. Eine wesentliche Rolle spielen dabei Abendschulen, die von sechs Prozent der 14- bis 24-Jährigen besucht werden. Schließlich sollte erwähnt werden, dass in manchen Ländern nach wie vor lernschwache Schülerinnen und Schüler in Sonderschulen unterrichtet werden, in denen sie entweder keine oder nur gering anerkannte Abschlüsse erwerben (etwa die Roma in der Slowakei, während Deutschland EUweit die höchste Sonderschulrate aufweist). *Tabelle 3* gibt Aufschluss über die quantitative und qualitative Bedeutung einzelner Maßnahmetypen in den nach dem Anteil früher Abgänger aus dem Bildungssystem sortierten Ländern.

Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit

Wie in Bezug auf das frühe Verlassen des Bildungssystems lassen sich auch Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit entsprechend der Dimensionen individualisierend versus strukturbezogen und präventiv versus kom-

Tabelle 4: Formen aktivierender Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche in Europa

Typen von Aktivierung	Länder	Ansprüche auf Sozialleistungen	Ausrichtung von IAP	Langzeitarbeitslose Jugendliche	Ausrichtung
Aktivierung als unterstützte Lebensplanung	DK, FI (teilweise SLO)	Individuell und universell	Ganzheitliche und kontinuierliche Lebensplanung	Niedrig (außer FI)	Strukturbezogen / präventiv
Aktivierung als Workfare	UK	Universell, aber niedrig, hoher Druck, kurze Bezugsdauer	Rekrutierung und Kontrolle	Niedrig (aber prekäre Jobs)	Individualisierend / präventiv
Aktivierung als Rekrutierung	AT, ES, PL, PT, SLO, SK, D	Begrenzt (je nach Alter, Erwerbsstatus und Familie)	Assessment und Rekrutierung für Maßnahmen	Mittel bis hoch	Individualisierend / kompensatorisch
Aktivierung ohne Basis	BG, GR, IT, ROM	De facto keine Ansprüche	Geringer Deckungsgrad von IAP	Hoch	Strukturbezogen / kompensatorisch

Quelle: A. Walther/A. Pohl (Anm. 4).

pensatorisch analysieren – hier beginnend bei den eher individualisierenden Ansätzen:

- Beratung zur beruflichen Orientierung von Schulabgängern (zu individuellen Eingliederungsplänen für Arbeitssuchende siehe unten);
- Berufsvorbereitung im Sinne der Kompensation individueller Defizite zur Erleichterung des Übergangs in reguläre Ausbildung (meist nicht zertifiziert);
- Qualifizierungsprogramme und teilqualifizierende Maßnahmen (in Ländern mit standardisierten Ausbildungssystemen oft nicht zertifiziert);
- Lohnkostenzuschüsse oder Steuererleichterungen für Arbeitgeber, die Schulabgänger bzw. Langzeitarbeitslose einstellen;
- Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten durch Unterstützung von Existenzgründungen und Selbstständigkeit, Ausbau des öffentlichen Sektors oder des Dritten Sektors (vor allem Genossenschaften).

Eine ambivalente Form aktiver Arbeitsmarktpolitik stellt Deregulierung dar. Einerseits zielt sie auf die Dynamisierung von Arbeitsmarktstrukturen und Zugängen, andererseits setzt sie eine Absenkung der Ansprüche in puncto Lohnniveau und sozialer Sicherung auf Seiten der Arbeitssuchenden voraus. Für ihre integrative Wirkung entscheidend ist deshalb, ob Deregulierung durch erwerbsunabhängige soziale Sicherung flankiert wird. Die Evaluation aktiver Arbeitsmarktpolitik erweist sich durchweg als uneindeutiger als die der Maßnahmen gegen das frühzeitige

Verlassen des Bildungssystems. So lassen die meisten Evaluationen keine Aussagen darüber zu, wie viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch ohne Hilfe eine Arbeit gefunden hätten. Gleichzeitig können auch erfolgreiche Beratung und Qualifizierung wirkungslos bleiben, wenn die Nachfrage nach Arbeitskraft ausbleibt. Inzwischen ist außerdem hinlänglich nachgewiesen, dass Effekte eines Maßnahmetyps von einer Vielzahl kontextgebundener Variablen abhängig sind, die sich nur schwer verallgemeinern lassen.

Eine weitere Einschränkung entsteht durch das Vorherrschen eines quantitativen und auf den kurzfristigen Verbleib von Maßnahmeteilnehmern begrenzten Monitorings, auch weil sie Effekte der Verschiebung hin zu anderen prekären Situationen verdeckt. So ist in Spanien die Jugendarbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren gesunken, der Anteil befristeter Arbeitsverträge und von ‚working poor‘ aber gestiegen. Im Vereinigten Königreich ist der Preis für eine niedrigere Jugendarbeitslosigkeit das Ansteigen der komplett aus Bildungssystem und Erwerbsleben herausgefallenen Bevölkerung unter 25 Jahren, der so genannten ‚NEET‘-Jugendlichen (= ‚Not in Education, Employment or Training‘) sowie derer, die sich auch nicht mehr beim Sozial- oder Arbeitsamt melden, die Gruppe der ‚Status Zero‘-Jugendlichen. Sind die Effekte aktiver Arbeitsmarktpolitik auf die Höhe der Jugendarbeitslosigkeit bestenfalls uneindeutig, so trifft dies nicht unbedingt für deren Dauer zu. In einigen Ländern mit unterschiedlich hoher Jugendarbeitslosigkeit liegt die Quote der Langzeitarbeitslosen (über ein Jahr) kontinuierlich bei ca. 10 Prozent (Dänemark, Finn-

land, Vereinigtes Königreich), bei einer Vielzahl anderer Länder dagegen bei über 50 Prozent. Auch hier bleibt jedoch unklar, durch welchen anderen Status der Jugendarbeitslosigkeit jeweils ersetzt wird.

Aktivierung als ‚Erfolg‘ in der Integration benachteiligter Jugendlicher?

In den vergangenen Jahren lässt sich ein Trend hin zu aktivierenden Ansätzen feststellen, die nicht nur im Ausbau von Maßnahmen aktiver Arbeitsmarktpolitik bestehen, sondern unter dem Motto ‚Fördern und Fordern‘ zunehmend die Selbstverantwortung und Motivation der Individuen in den Blick nehmen.¹⁷ Zentrale Aspekte von Aktivierung sind auf der einen Seite die Absenkung des Niveaus von Sozialleistungen bzw. deren stärkere Koppelung an die Bedingungen aktiver Arbeitssuche und Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen. Auf der anderen Seite spielen individuelle Eingliederungsvereinbarungen (EV) eine zentrale Rolle für die Einflussnahme auf und Kontrolle von individuelle(r) Erwerbsorientierung. Auch wenn sich Aktivierung in dieser Hinsicht als allgemeiner Trend in Richtung individualisierender und präventiver Maßnahmen darstellen lässt, zeigt *Tabelle 4* wesentliche Unterschiede zwischen vier Varianten – besonders hinsichtlich ihrer präventiven versus kompensatorischen und individualisierenden versus strukturbezogenen Ausrichtung an.

– Unterstützende Aktivierungspolitiken, wie sie in Finnland und Dänemark sowie ansatzweise in Slowenien praktiziert werden, sind eingebettet in umfangreiche finanzielle Sicherungsleistungen und ganzheitliche Beratung. Jugendlichen steht eine breite Palette anerkannter Wahlmöglichkeiten offen, wobei die Integration ins reguläre Bildungssystem eine höhere Priorität genießt als der direkte Einstieg ins Erwerbsleben. Bildung orientiert sich dabei stärker an Persönlichkeitsentwicklung und Lebensplanung als an direkter Arbeitsmarktverwertbarkeit. Maßnahmen sind prinzipiell eher im Regelsystem angesiedelt und lassen sich deshalb als primär *strukturbezogen und präventiv* charakterisieren. Als ‚good practice‘ lässt sich etwa die Kommuna-

lisierung des dänischen Beratungssystems für Schüler und Schulabgänger bezeichnen. Ab dem Ende der Pflichtschule haben Jugendliche mindestens zwei Jahre lang ein Recht auf individuelle Beratung. Diese ist vertraulich und an den Beratungswünschen und -interessen der Jugendlichen orientiert. Gleichzeitig ist sie eingebettet in ein lokales Netzwerk, dessen Strukturen flexibel und angepasst an den individuellen Bedarf aktiviert werden können.

– Die britische Workfare-Variante von Aktivierung setzt dagegen auf hohen Druck auf die Individuen, irgendeine Beschäftigung anzunehmen – mit entsprechend hohen Anteilen von Jugendlichen in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Aktivierung ist dabei prinzipiell *individualisierend* auf die Bildungs- und Arbeitsbereitschaft der Jugendlichen ausgerichtet, jedoch keineswegs nur in kompensatorischer, sondern auch in *präventiver* Absicht mit Blick auf die vielfältigen Ein- und Umstiegsoptionen in Arbeit und Bildung.

– Die Rekrutierungsvariante schließlich zielt vor allem auf eine bessere Passung zwischen Arbeitssuchenden und Arbeitsangeboten. Aktivierung dient in erster Linie der Eignungsfeststellung der Arbeitssuchenden und ihrer Rekrutierung für Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen. Eine zentrale Rolle spielen dabei berufsvorbereitende Maßnahmen für diejenigen, die beim Übergang in eine Ausbildung scheitern (z. B. Österreich). Hauptakteure von Aktivierung in dieser Variante sind deshalb auch ausschließlich die Arbeitsverwaltungen, obwohl keineswegs alle jugendlichen Arbeitssuchenden auch Leistungen beziehen. Dieser Variante ist auch Deutschland zuzuordnen (obwohl Hartz IV für einen Trend zur Workfare-Variante steht).

– In der Defizitvariante besteht auf Grund grundsätzlicher struktureller Probleme im Übergangssystem *keine ausreichende Basis für Aktivierung*. Weder haben junge Frauen und Männer einen eigenständigen Anspruch auf Sozialleistungen, noch besteht ein flächendeckendes Angebot der Berufsberatung und Arbeitsverwaltung. Entsprechend dem Strukturdefizit des Übergangssystems und vor allem mangels individueller Leistungsansprüche überwiegen strukturbezogene Maßnahmen zur Kompensation der Nachteile junger Arbeitssuchender wie etwa Lohnkostenzu-

¹⁷ Vgl. Ivar Lødemel/Heather Trickey (Hrsg.), *An offer you can't refuse*, Bristol 2001.

schüsse für die Einstellung Arbeitsloser und die Unterstützung junger Selbstständiger (vor allem in Griechenland, Italien, Polen). Teilweise wird das Strukturdefizit jedoch auch durch Arbeitsmarktderegulierung verstärkt, ohne dass die damit verbundenen Risiken von sozialen Sicherungsmechanismen abgedeckt würden (vor allem in Italien und Spanien).

Erfolgsfaktoren und Schlussfolgerungen für das deutsche Übergangssystem

Die Frage ‚Was heißt Erfolg?‘ ist damit noch nicht abschließend beantwortet. Vielmehr zeigt sich, dass das vorherrschende Verständnis von Aktivierung als Arbeitsmarktintegration – wiederum gleichgesetzt mit sozialer Integration – in den meisten Kontexten die subjektiven Bedürfnisse und Interessen junger Frauen und Männer systematisch und massiv übergeht. Dies wiederum zeigt sich im steigenden Anteil der ‚Status Zero‘-Jugendlichen oder der Ausbildungs- und Maßnahmeabbrecher (etwa in Bulgarien oder im Vereinigten Königreich).

Erfolg wird demzufolge sowohl zu eng gefasst als auch zu oberflächlich evaluiert. Eine weitere Definition von Erfolg, welche die biografische Passung von Maßnahmen und die subjektive Zufriedenheit der jungen Frauen und Männer einschließt, ist deshalb grundlegender Erfolgsfaktor der Integration benachteiligter Jugendlicher und junger Erwachsener. Dies bedeutet, die Motivation bzw. Demotivation der Subjekte nicht einfach – wie im Kontext gegenwärtiger Aktivierungsdiskurse – als Ressource oder individuelles Defizit, sondern als Indikator für soziale Integration im Übergang anzusehen.¹⁸

Vor dem Hintergrund einer solchen weiten Definition von Erfolg in Bezug auf Übergangshilfen erlaubt die Analyse der Länder-

¹⁸ Die Psychologie erklärt Motivation als das Verhältnis zwischen dem Anreizwert eines Handlungsziels und der Einschätzung, dieses durch eigenes Handeln auch erreichen zu können. Beides sind subjektive Kategorien, die jedoch in Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Bedingungen entwickelt werden – und verändert werden können. Vgl. Heinz Heckhausen, *Motivation und Handeln*, Heidelberg–New York 1991; Andreas Walther/Manuela du Bois-Reymond/Andy Biggart (Hrsg.), *Participation in Transition. Motivation of young adults in Europe for working and learning*, Frankfurt/M. u. a. 2006.

berichte und der darin enthaltenen Beschreibungen ‚guter Praxis‘ die Identifikation fünf allgemeiner Erfolgsfaktoren:

Finanzierung: Angesichts einer zunehmend ökonomisierten Interpretation der Frage ‚what works?‘ im Sinne des günstigsten Kosten-Nutzen-Verhältnisses gilt festzuhalten, dass die Finanzierung die Reichweite von Maßnahmen, deren Qualität (z. B. Personal) sowie Absicherung der Adressaten gegen prekäre Lebenssituationen bestimmt. Im europäischen Vergleich sticht Dänemark ganz eindeutig heraus: Die Ausgaben für Bildung betragen 2002 acht Prozent des Bruttosozialprodukts (EU-Durchschnitt 5,5 Prozent), die für aktive Arbeitsmarktpolitik 1,5 Prozent (EU-Durchschnitt: 0,8 Prozent). Im Gegensatz zu den Bildungsausgaben ist die Beziehung zwischen den Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik und Jugendarbeitslosigkeit allerdings zu schwach für eindeutige Schlussfolgerungen. Aus den Ergebnissen der Studie lässt sich deshalb die These ableiten, dass eine Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Vorbereitung Jugendlicher und junger Erwachsener für die Bewältigung unsicherer Übergänge Bildungsausgaben von mindestens 6 Prozent des Bruttosozialproduktes sind. Dabei ist natürlich nicht allein die Höhe der Ausgaben, sondern auch die Art ihrer Verwendung entscheidend.¹⁹

Zugänge: Die Voraussetzung für die Effektivität von Fördermaßnahmen besteht darin, dass die unterschiedlichen Zielgruppen tatsächlich erreicht werden. Vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund oder Angehörige ausgegrenzter Minderheiten sind in Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen unterrepräsentiert. Der anhaltend hohe Anteil von Jugendlichen, die das Bildungs- und Ausbildungssystem ohne Qualifikation verlassen und auch nicht nach Unterstützung nachfragen, deutet darauf hin, dass die Unterstützungssysteme nicht nur an strukturelle Grenzen stoßen, sondern auch darunter leiden, dass ein Teil ihrer potenziellen Nutzerinnen und Nutzer sie nicht als sinnvolle Perspektiven wahrnehmen. Maßnahmen müssen deshalb nicht nur quantitativ ausreichend sein, sondern auch über verlässliche, weiterführende Brücken in andere Sektoren des Übergangssystems verfügen. Zur Vermeidung

¹⁹ Vgl. OECD, *Educational Outlook 2006*, Paris 2006.

derung von Stigmatisierung muss Unterstützung außerdem im regulären Bildungs- und Erwerbssystem anstatt in Sondermaßnahmen angesiedelt sein.

Koordination: Integrierte Förderansätze sind notwendig, um der Vielschichtigkeit der Problemlagen von Jugendlichen im Übergang in die Erwerbsarbeit angemessen Rechnung zu tragen. Gegenseitiges Vertrauen zwischen lokalen und regionalen Akteuren als Basis aufeinander abgestimmter und ineinander verzahnter Ansätze kann jedoch nicht von oben durchgesetzt werden, sondern kann nur wachsen, wenn Förderprogramme flexibel genug für unterschiedliche Kooperationsverhältnisse und Arbeitsteilungen sind. Dagegen zeigt sich in der Berufsbildung ein deutlicher Bedarf an positiven Anreizen, um die Beteiligung der Wirtschaft in diesem Bereich zu verbessern.

Reflexivität: Der Perspektivenwechsel auf ‚Konstellationen von Benachteiligung‘ beinhaltet, dass starre Förderprogramme immer weniger geeignet sind, der Entstandardisierung von Übergängen und der Komplexität von Ursachen gerecht zu werden. In die Planung und Durchführung von Programmen müssen deshalb ‚reflexive Schleifen‘ eingebaut sein, damit Effekte und Nebeneffekte von Maßnahmen frühzeitig im weiteren Verlauf berücksichtigt werden können. Dies setzt etwa Evaluationsmechanismen voraus, die über die üblichen Verbleibs- und Vermittlungsquoten hinausgehen, die über vielfältige methodische Ansätze in unterschiedliche Praxisebenen eingebaut sind und die auch die subjektive Perspektive der jungen Frauen und Männer mit einbeziehen.

Empowerment und Anerkennung: Empowerment als handlungsleitende Maxime setzt an individuellen Ressourcen und Bewältigungsstrategien an.¹⁰ Motivation gilt dabei als Indikator dafür, ob Jugendliche und junge Erwachsene Handlungsspielräume und Integrationschancen für sich sehen. Diese hängen jedoch sowohl von der Anerkennung ab, die sie erfahren, von individuellen Wahlmöglichkeiten als auch von den Mitteln, die ihnen

zum Erreichen ihrer biografischen Ziele zur Verfügung gestellt werden.

Angesichts der immer problematischer werdenden Situation im deutschen Übergangssystem liegt die Frage nahe, was Deutschland von den Ergebnissen der oben präsentierten Studie und von europäischen Erfolgsmodellen wie den aktivierenden Ansätzen der nordischen Länder zur Förderung von benachteiligten Jugendlichen lernen könne. Zunächst einmal scheint die Übertragung erfolgreicher Modelle wie zum Beispiel jene der ganzheitlich geprägten ‚Dienstleistungen aus einer Hand‘ (One-stop-shops) in der Beratung von Jugendlichen in Finnland (als Modell für die neuen Job-Center) oder der bildungsoptimistischen Aktivierungspolitik in Dänemark mit ihrer Erfolgsgeschichte einer in den neunziger Jahren rapide gesunkenen Jugendarbeitslosigkeit verlockend. Eine solchermaßen direkte ‚Übersetzung‘ von einzelnen Maßnahmen lässt jedoch die Kontextbedingungen außer Acht und unterschlägt, was die vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung Pfadabhängigkeit nennt.¹¹ Damit ist die Verwobenheit von unterschiedlich gesetzlich geregelten Ansprüchen auf Unterstützung ebenso gemeint wie die Beharrlichkeit von Institutionen und deren Vorstellungen davon, was als ‚normal‘ gilt.

Der Vergleich von Übergangsstrukturen ergibt ein *Modell unterschiedlicher ‚Übergangsregimes‘*. Damit sind Konstellationen der Regulierung von Übergängen gemeint, die aus dem Zusammenspiel von Strukturen sozialer Sicherung, allgemeiner und beruflicher Bildung, des Arbeitsmarktes sowie geschlechtsspezifischen Zuweisungsmechanismen entstehen, in denen sich unterschiedliche Deutungen von Problemen im Übergang als individuelle oder strukturelle Benachteiligung manifestieren. Maßnahmen gegen Schulabbruch oder Jugendarbeitslosigkeit erhalten so eine jeweils andere Ausrichtung. Solche Regimes sind nicht nur auf Grund der vielfachen institutionellen Verflechtungen relativ veränderungsresistent, sondern auch, weil sie Ausdruck unterschiedlicher Bedeutungen von Jugend und Integration sind.¹²

¹⁰ Vgl. Heiner Keupp/Albert Lenz/Wolfgang Stark, Entwicklungslinien der Empowerment-Perspektive in der Zivilgesellschaft, in: A. Lenz/W. Stark (Hrsg.), Empowerment. Neue Perspektiven für psychosoziale Praxis und Organisation, Tübingen, S. 77 – 102.

¹¹ Vgl. Josef Schmid, Wohlfahrtsstaaten im Vergleich, Opladen 2002.

¹² Vgl. Andreas Walther, Regimes of Youth Transitions in Europe, in: YOUNG, 14 (2006) 2, S. 119–139.

– Das universalistische Übergangsregime in den nordischen Ländern (etwa Dänemark und Finnland) begreift Jugend primär als Phase der Persönlichkeitsentwicklung, schließt Jugendliche und junge Erwachsene aber dennoch vollständig in den Bürgerstatus ein, was sich in eigenständigen Ansprüchen auf Sozialleistungen, Wahlmöglichkeiten und Zugängen zu ganzheitlicher Beratung ausdrückt.

– Im liberalen Übergangsregime in den angelsächsischen Ländern wie Großbritannien gilt der Markt als primäre Sphäre der Daseinsvorsorge, Jugend steht deshalb unter dem Vorzeichen möglichst früher ökonomischer Unabhängigkeit. Dies schlägt sich nicht nur im Druck auf Arbeitssuchende nieder (Stichwort *Workfare*), sondern auch in einer erheblichen Flexibilisierung von Arbeit und Bildung. Vielfältige Zugänge stehen prekären Karrieren und individualisierten Risiken gegenüber.

– Das erwerbsarbeitszentrierte Übergangsregime in den kontinentalen Ländern (etwa Österreich, Deutschland) begreift Jugend primär als Phase der Zuweisung zu beruflichen und sozialen Positionen. Konstitutiv für das Übergangssystem ist die Koppelung eines selektiven Schulsystems an ein standardisiertes Berufsbildungssystem. Diejenigen, die nach der Schule beim Übergang in eine Ausbildung scheitern, gelten als individuell benachteiligt. Ihnen bleiben nur kompensatorische Warteschleifen wie etwa Berufsvorbereitungsmaßnahmen.

– Für das unterinstitutionalisierte Übergangsregime in Südeuropa (Griechenland, Italien, Portugal, Spanien) ist vor allem ein Strukturdefizit kennzeichnend. Übergänge sind jahrelange Suchprozesse, geprägt von hoher Jugendarbeitslosigkeit, dem Fehlen von verlässlichen Berufsbildungsstrukturen und Ansprüchen auf Sozialleistungen. Obwohl eine Mehrheit der Schulabgängerinnen und Schulabgänger die Hochschulreife erreicht, sind sie auf die Herkunftsfamilie und auf informelle Arbeit verwiesen.

– Die mittel- und osteuropäischen Übergangssysteme orientieren sich im Zuge der Transformation an unterschiedlichen westeuropäischen Modellen: Polen eher am liberalen Übergangsregime, die Slowakei teils am libe-

ralen, teils am erwerbsarbeitszentrierten Regime, Slowenien am universalistischen. In Bulgarien und Rumänien sind keine eindeutigen politischen Ausrichtungen auszumachen, dafür eine zunehmend unterinstitutionalisierte Realität des Übergangssystems.

Die Arbeitsmarkt- und Sozialstaatsreformen in Deutschland – zuerst das Jugendsofortprogramm JUMP, zuletzt Agenda 2010 und Hartz IV – erscheinen in diesem Licht als Versuch des Regimewechsels vom erwerbsarbeitszentrierten hin zum liberalen Übergangsregime, um strukturelle Probleme der Konjunktur- und Dienstleistungsschwäche durch einen erhöhten Druck auf die Individuen auszugleichen. Unter dem Motto ‚Fördern und Fordern‘ wird die primäre Ausrichtung an Berufsbildung und Berufsvorbereitung zunehmend durch Druck auf jugendliche Arbeitssuchende ersetzt, jede Form von Erwerbstätigkeit anzunehmen. Auch mit diesem Versuch einer Trendwende zur Aktivierung ist die deutsche Politik für benachteiligte Jugendliche in erster Linie ‚individualisierend und kompensatorisch‘, da weder Berufsvorbereitung noch die neuen Arbeitsgelegenheiten für Arbeitssuchende (Ein-Euro-Jobs) verlässlich Anschlussperspektiven eröffnen. Dies liegt nicht nur am stagnierenden Arbeitsmarkt, sondern auch daran, dass Schule und Ausbildung weder durchlässiger gestaltet noch mit flexiblen Hilfen für individuelle Bedarfe ausgestattet werden; dies würde allerdings auch eine deutliche Erhöhung der Bildungsausgaben voraussetzen, die in den vergangenen Jahren – öffentliche und private Ausgaben zusammengenommen – um die 5,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes betragen.

Das Lernen voneinander setzt folglich eine intensive Auseinandersetzung mit den jeweils anderen Kontexten voraus und zielt eher auf die Hinterfragung bisher für selbstverständlich gehaltener Grundannahmen als auf die Übertragung von Maßnahmen. Und es muss die Frage enthalten, was denn als ‚Erfolg‘ in der Integration benachteiligter Jugendlicher zu bewerten ist.

Susanne Rippl · Klaus Boehnke

Europas Jugend: Protagonisten für Integration oder Nationalismus?

Die Integration Europas jenseits von Wirtschaftsgemeinschaften, wie sie die Nachkriegsgeschichte dominierten, und über den vormaligen Eisernen Vorhang hinweg ist ein langfristiges Projekt. Insbesondere die heutige Jugend bestimmt deshalb die Zukunft und Erfolg dieses Projektes. Über die Haltung junger Menschen zu Europa weiß man

allerdings recht wenig. Ist Europa insgesamt und die EU-Osterweiterung im Besonderen eher ein Schreckgespenst, das einen kompensativen Nationalismus befördert, oder fungieren junge Menschen als Motor der europäischen Integration? Die Autorinnen und Autoren bisher vorliegender Analysen befassen sich eher allgemein mit den Problemen, die der Integrationsprozess in der Gesamtbevölkerung mit sich bringt, und fokussieren kaum auf junge Menschen.

Susanne Rippl

Dr. habil., geb. 1966; wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Technischen Universität Chemnitz, 09107 Chemnitz.
Susanne.Rippl@phil.tu-chemnitz.de
www.tu-chemnitz.de/phil/soziologie/nauck/p/rippl.htm

Klaus Boehnke

Dr. phil., geb. 1951; Professor for Social Science Methodology an der International University Bremen, Campus Ring 1, 28759 Bremen.
K.Boehnke@phil.tu-chemnitz.de
www.iu-bremen.de/directory/02687

Die so genannte EU-(Ost)Erweiterung wurde am 1. Mai 2004 formell vollzogen – zehn neue Mitgliedsstaaten aus Osteuropa und dem Mittelmeerraum wurden Teil des Projektes „Europäische Integration“. Die EU zählt seitdem etwa 450 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus 25 Ländern. Der Prozess der Erweiterung ist nicht abgeschlossen. Rumänien und Bulgarien werden im Jahre 2007 beitreten, Kroatien und vermutlich auch die

Türkei zu einem späteren Zeitpunkt. Weitere Länder des Balkans und auch die Ukraine haben Beitrittsambitionen.

Immer wieder wird allerdings gefragt, ob das Projekt der europäischen Integration in der Bevölkerung insbesondere der ‚angestammten‘ EU-Länder (Italien, Frankreich, Deutschland und Benelux) auch angenommen wird oder ob es – in der Form, in der es aktuell betrieben wird – eher neuem Nationalismus Vorschub leistet. Die europäische Integration wird bisher gern als ein auf politischer, rechtlicher oder wirtschaftlicher Ebene vollzogenes Unterfangen betrachtet, das von Eliten getragen wird und in der Bevölkerung nicht oder noch nicht angekommen ist. Während die Systemintegration voranschreitet, verläuft die Sozialintegration deutlich langsamer.¹ Als deren rechtlicher Rahmen wurde 1996 in Maastricht eine Unionsbürgerschaft – ausgestattet mit bürgerlichen Grundrechten – in das europäische Vertragswerk integriert. Allerdings ist der Bekanntheitsgrad dieses Sachverhaltes unter den Bürgern sehr gering.² Als weiteres Symptom mangelnder Integration werten Winand Gellner und Armin Glatzmeier in einer früheren Ausgabe von *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* die rückläufige Wahlbeteiligung bei den Europawahlen von 63 Prozent 1979 auf 45,7 Prozent im Jahr 2004.³ Auch kontroverse Debatten um eine europäische Verfassung und die zum Teil ernüchternden Ergebnisse von Referenden bestätigen die „unfertige“ Situation der EU im Sinne der Entwicklung eines Europas der Bürger. Es wird daher zunehmend darauf ankommen, die Bevölkerung für das Projekt zu begeistern und auch auf individueller und sozialer Ebene Integrationsprozesse in Gang zu setzen. Wie Richard Münch hervorhebt, benötigt eine positive Integration auf sozialer

¹ Die Differenzierung in System- und Sozialintegration bezieht sich auf eine Unterscheidung, die Lockwood 1964 vorgenommen hat: David Lockwood, Soziale Integration und Systemintegration, in: Wolfgang Zapf (Hrsg.), Theorien des sozialen Wandels, Köln 1971. Systemintegration meint das Ausmaß der Abstimmung der einzelnen Systeme einer Gesellschaft, wohingegen Sozialintegration auf die Inklusion und Teilhabe einzelner Individuen einer Gesellschaft abhebt.

² Vgl. Eurobarometer 133, in http://ec.europa.eu/public_opinion/flash/fl133_de.pdf (20. 8. 2006).

³ Vgl. Winand Gellner/Armin Glatzmeier, Die Suche nach der europäischen Zivilgesellschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, (2005) 36, S. 8–15.

Ebene die Mobilisierung von Gefühlen der Zusammengehörigkeit und Solidarität.¹⁴ Zugehörigkeit mit der Möglichkeit der Teilhabe und Identifikation ist ein zentraler Aspekt der Sozialintegration. Nur eine parallele Entwicklung von System- und Sozialintegration wird langfristig das Projekt Europa festigen.¹⁵ Insbesondere eine Weiterentwicklung der EU, die den transnationalen Kompetenzbereich erhöhen und größere Umverteilungsprozesse mit sich bringen wird, verlangt nach verstärktem Solidarverhalten.¹⁶ Sylke Nissen bezweifelt – ebenfalls in einer früheren Ausgabe von *APuZ* –, dass allein affektive Aspekte die Sozialintegration befördern.¹⁷ Sie sieht affektive und utilitaristische Komponenten einer europäischen Identität und betont damit die Notwendigkeit der Berücksichtigung nutzenorientierter Aspekte der Identifikation mit Europa. Nur wenn die Bürger eines Landes für sich oder ihr Land Vorteile sehen, kann Bereitschaft zur Solidarität wachsen. Anderenfalls ist eher eine kompensative Hinwendung zu alten, neuen Nationalismen zu befürchten.¹⁸

Wie Melanie Morisse-Schilbach und Katja Schröder hervorheben, stellt die stetige Veränderung des Objektes der Identitätsbildung durch die Erweiterungsschritte eine besondere Schwierigkeit der Entwicklung von euro-

päischer Identität unter EU-Bürgerinnen und -Bürgern dar.¹⁹ Durch die EU-(Ost)Erweiterung erhöhte sich die Heterogenität der EU; es traten Staaten bei, deren ökonomischer Status sich deutlich von dem der Altmitglieder unterscheidet. Neben wirtschaftlichen Unterschieden finden sich auch auf kultureller Ebene Differenzen, gespeist unter anderem aus der sozialistischen Vergangenheit von acht der zehn Beitrittsländer. Jürgen Gerhards und Michael Hölscher belegen deutliche Unterschiede in den kulturellen Orientierungen (z. B. Haltungen zu Staat, Kirche, Wirtschaft und Familie) zwischen den Alt- und den Neumitgliedern.¹⁰ Zwar teilen die EU-15-Länder grundlegende Vorstellungen über Staat, Kirche, Wirtschaft und Familie, in den Beitrittsländern zeigen sich jedoch zum Teil deutliche Differenzen zu diesen Positionen. Jan Delhey sieht die Expansion der EU durch die heterogenisierende Wirkung der jüngsten Erweiterungsschritte mit steigenden Kosten der Sozialintegration verbunden.¹¹ Gellner und Glatzmeier konstatieren: „Während Europa als Wertegemeinschaft der Eliten seinen Ausdruck überwiegend in normativen Forderungen findet, bleibt es als Wertegemeinschaft der Bürger aus empirischer Sicht höchst uneinheitlich.“¹²

Ein Gefühl der Identität muss sich auf Grundlage dieser Unterschiedlichkeit weniger auf das Vorhandensein von Ähnlichkeit gründen als vielmehr auf den gemeinsamen Willen zum Erfolg des Projektes Europa. Thomas Meyer spricht hier von einer „Projektidentität“, die sich weniger am Status quo als an den Zielen des Projektes der Integration orientiert.¹³ Münch betont, dass eine

¹⁴ Vgl. Richard Münch, Strukturwandel der Sozialintegration durch Europäisierung, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 40 (2005), S. 205–225.

¹⁵ Vgl. Jürgen Habermas, Solidarität jenseits des Nationalstaats. Notizen zu einer Diskussion, in: Jens Beckert et al. (Hrsg.), *Transnationale Solidarität. Chancen und Grenzen*, Frankfurt/M. 2004; Dirk Baier/Susanne Rippl/Angela Kindervater/Klaus Boehnke, Die Osterweiterung der Europäischen Union – Das Meinungsbild in Deutschland, der Tschechischen Republik und Polen und die möglichen Folgen, in: *Gesellschaft, Wirtschaft, Politik*, 53 (2004) 3, S. 311–324.

¹⁶ Vgl. Martin Kohli, Die Entstehung einer europäischen Identität: Konflikte und Potentiale, in: Hartmut Kaelble/Martin Kirsch/Alexander Schmidt-Gernig (Hrsg.), *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*, Frankfurt/M. 2002.

¹⁷ Vgl. Sylke Nissen, Europäische Identität und die Zukunft Europas, in: *APuZ*, (2004) 38, S. 21–29.

¹⁸ So jedenfalls lautet die zentrale These des von den Autoren verantworteten und im Rahmen eines von Wilhelm Heitmeyer geleiteten und vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft geförderten Forschungsprogramms an der Universität Bielefeld, aus dem hier berichtet wird.

¹⁹ Vgl. Melanie Morisse-Schilbach/Katja Schröder, Europäische Identität: Was verändert die Osterweiterung? Erfolgsaussichten von Identitätsbildung in einer Gemeinschaft im Wandel, Friedrich-Ebert-Stiftung, Online Akademie, in: http://www.fes-online-akademie.de/send_file.php/download/pdf/morisse-schilbach_schroeder.pdf (20. 8. 2006).

¹⁰ Vgl. Jürgen Gerhards/Michael Hölscher, Kulturelle Unterschiede in der Europäischen Union. Ein Vergleich zwischen Mitgliedsländern, Beitrittskandidaten und der Türkei, Wiesbaden 2005.

¹¹ Vgl. Jan Delhey, Nationales und transnationales Vertrauen in der Europäischen Union, in: *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaften*, 32 (2004) 1, S. 15–45.

¹² W. Gellner/A. Glatzmeier (Anm. 3), S. 12.

¹³ Vgl. Thomas Meyer, *Die Identität Europas*, Frankfurt/M. 2004.

„EU-Gesellschaft“ neue Formen der Solidarisierung benötigt.¹⁴ Delhey glaubt, dass Vertrauen zwischen den europäischen Völkern eine Bindekraft entwickeln könnte. Vertrauen ruht aber letztlich auf der Existenz fundamentaler Gemeinsamkeiten. Während Delhey für die EU-15 eine relativ solide Vertrauensbasis konstatiert, kommt er anhand seiner Analysen der Eurobarometerdaten zu dem Schluss, „dass die Osterweiterung das durchschnittliche transnationale Vertrauen in der EU verringert“. Aufgrund der räumlichen Nähe und des Wohlstandniveaus sieht er Deutschland als eines der „zentralen Laboratorien“, in denen „das Experiment Osterweiterung auf seine Alltagstauglichkeit getestet werden wird“.¹⁵

Der Prozess des Zusammenwachsens Europas wird vorrangig von den – jetzt – jüngeren Altersgruppen zu leisten sein. Delhey bewertet diesen Sachverhalt positiv; er glaubt an ein wachsendes Sozialkapital in Gestalt von Vertrauen in die EU, da insbesondere die jüngeren Altersgruppen mehr Vertrauen in Bürger der (neuen) Mitgliedsländer zeigten als die älteren.

Die hier vorgelegte Analyse wirft einen komparativen Blick auf diese These und kontrastiert sie mit der These, dass die (Ost)Erweiterung der EU eher Quell eines kompensativen – Besorgnisse um negative Konsequenzen der Erweiterung verarbeitenden – Nationalismus ist. Es wird danach gefragt, ob es Unterschiede in verschiedenen Altersgruppen in der Haltung zu Europa und dem Projekt der europäischen Integration gibt. Dabei wird zwischen dem Altmitglied Deutschland und den Neumitgliedern Polen und Tschechische Republik verglichen und erarbeitet, inwieweit sich in den Erweiterungsländern ein anderes Stimmungsbild zeigt als in Deutschland.

Die Daten

Datengrundlage der folgenden Analysen ist eine Repräsentativstichprobe für die gesamte deutsche Wohnbevölkerung ab 14 Jahren (N = 1 008), ergänzt durch drei repräsentative Stichproben der Grenzregionen Deutschlands (N = 513), Polens (N = 397) und der Tsche-

¹⁴ Vgl. R. Münch (Anm. 4).

¹⁵ Jan Delhey, EU: Identität und Integration. Nationales und transnationales Vertrauen in Europa, in: WZB-Mitteilungen, (2004) 103, S. 7–11, hier: S. 10.

chischen Republik (N = 409). Als Grenzregion wurde ein 50 Kilometer breiter Streifen beiderseits der Grenze definiert. Es wurden jeweils nur Personen deutscher, polnischer bzw. tschechischer Staatsangehörigkeit befragt. Befragungszeitraum war in allen Gebieten der Juni 2003, die Erhebungen fanden also etwa ein Jahr vor dem faktischen Vollzug der EU-(Ost)Erweiterung statt. Es kam ein vollstandardisierter Fragebogen zur Anwendung, der nach dem Ansatz der *Translation-Back-Translation* ins Polnische und Tschechische übersetzt wurde.¹⁶ In Deutschland wurden Telefoninterviews durchgeführt, in den Grenzregionen Polens und der Tschechischen Republik wurden aufgrund der noch zu geringen Telefondichte persönliche, so genannte Face-to-Face-Interviews durchgeführt.

Verbundenheit mit Europa – Aspekte der Sozialintegration

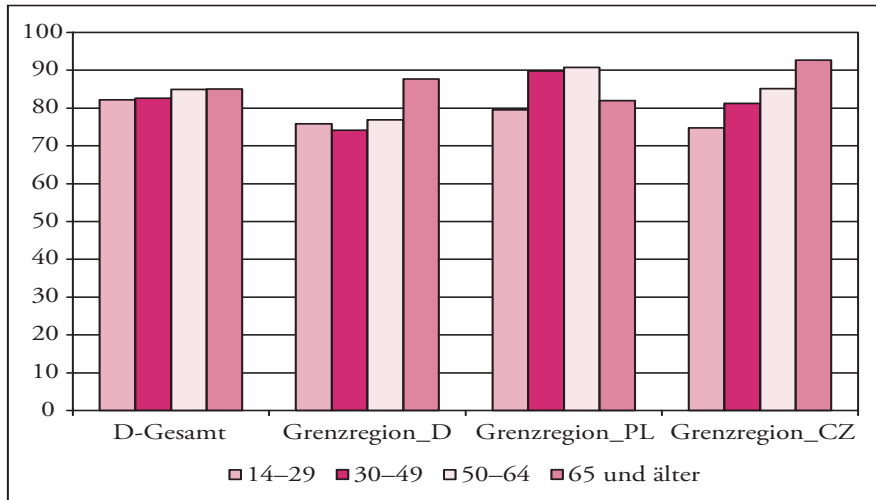
Ein Mangel an Sozialintegration in der Europäischen Union wird von verschiedenen Autoren thematisiert. Münch betont, dass die emotionale Verbundenheit ein wichtiger Baustein für eine Integration auf der sozialen Ebene ist.¹⁷ Sozialintegration ist allerdings ein sehr abstrakter Begriff, der empirisch nicht leicht zu fassen ist. Im Zusammenhang mit Sozialintegration wird immer auch von affektiver Bindung, Zusammengehörigkeitsgefühlen, kollektiver Identität, Solidarität, Vertrauen oder Legitimität gesprochen.¹⁸ In der folgen-

¹⁶ Der auf Deutsch erarbeitete Fragebogen wird zunächst von einer bilingualen Person in die Fremdsprache übersetzt, dann von einer weiteren bilingualen Person zurück ins Deutsche. Dann werden beide Versionen verglichen und Unstimmigkeiten (für die Differenzen zwischen der deutschen Ausgangsversion und der rückübersetzten deutschen Version stehen) soweit möglich ausgeräumt. Fragen, für die dies nach längeren Diskussionen des bilingualen Übersetzungsteams nicht möglich erscheint, werden eliminiert.

¹⁷ Vgl. R. Münch (Anm. 4).

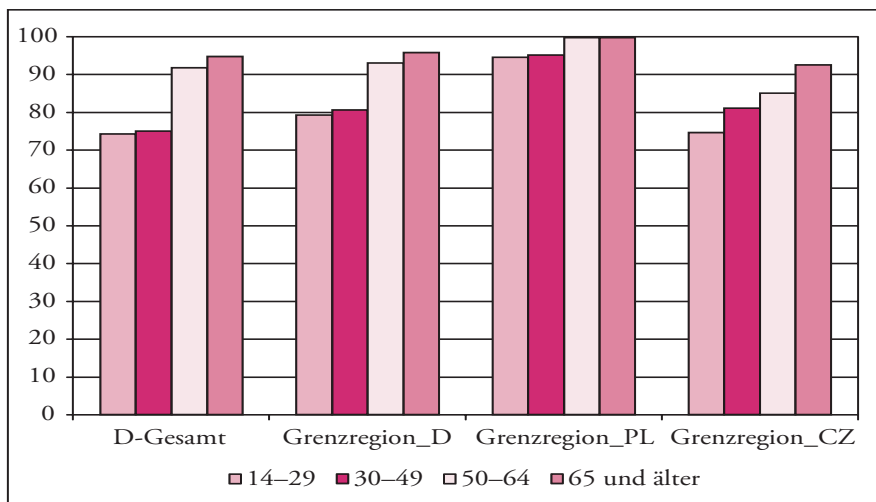
¹⁸ Vgl. Dirk Baier, Bedrohungsgefühle, interkulturelle Beziehungen und nationalistische Einstellungen im Kontext der EU-Osterweiterung – Vergleichende Befunde aus Umfragen im sächsisch-tschechischen und bayerisch-tschechischen Grenzraum, in: Wolfgang Aschauer/Ingrid Hudabiniigg (Hrsg.), Alteritätsdiskurse im sächsisch-tschechischen Grenzraum, Chemnitz 2005; Peter Imbusch/Dieter Rucht, Integration und Desintegration in modernen Gesellschaften, in: Wilhelm Heitmeyer/Peter Imbusch (Hrsg.), Integrationspotentiale einer modernen Gesellschaft, Wiesbaden 2005.

Abbildung 1: Verbundenheit mit Europa (in Prozent, stimme eher zu und stimme sehr zu)



Quelle: Eigene Berechnungen.

Abbildung 2: Verbundenheit mit dem eigenen Land (in Prozent, stimme eher zu und stimme sehr zu)



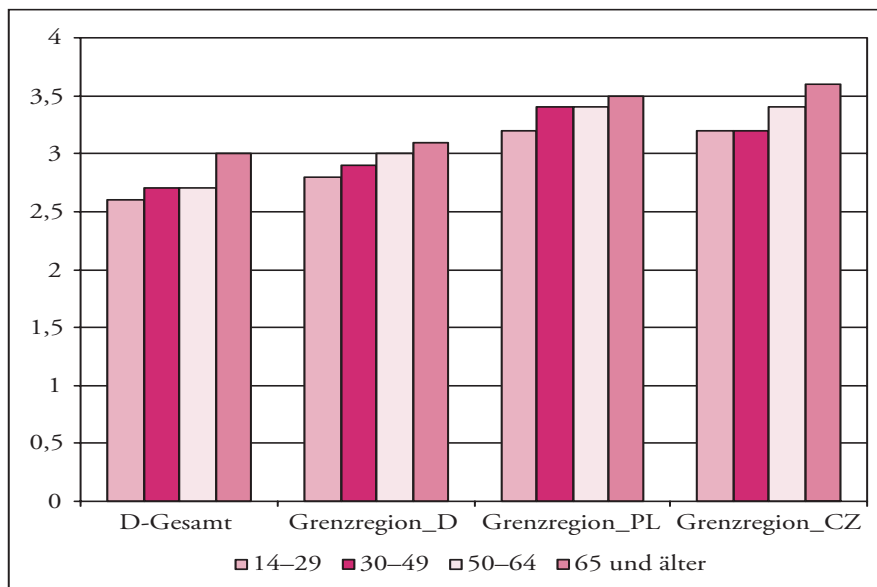
Quelle: Eigene Berechnungen.

den Analyse sollen einige dieser Aspekte genauer betrachtet werden – im Zentrum steht dabei die Frage nach der Haltung der „jungen Menschen“ im Vergleich zu anderen Altersgruppen. Anhand der jüngsten Altersgruppe können Entwicklungstendenzen zumindest als Annäherungen für zukünftige Entwicklungen in den Blick genommen werden. Aspekte der Sozialintegration wurden in den vier Stichproben durch die Verbundenheit mit Europa, die Sympathie für die Nachbarvölker und die Haltung zu den politischen Projekten

Europäische Union und EU-Osterweiterung erfasst. Einer Sozialintegration stehen Bedrohungsgefühle und Nationalismus in den jeweiligen Ländern entgegen.

Insgesamt wird erwartet, dass die soziale Integration der jüngeren Altersgruppen stärker ist, da historische Konflikterfahrungen hier weitaus geringere Bedeutung haben sollten, und dass kompensativer Nationalismus eben kein Jugendphänomen, sondern ein Reaktionsmuster der Älteren ist.

Abbildung 3: Nationalismus nach Regionen und Altersgruppen (Mittelwerte^a)



^a Wertebereich 1–4, hohe Werte = hohe Zustimmung.
Quelle: Eigene Berechnungen.

Zuerst sei ein Blick auf die gefühlsmäßige Bindung an Europa geworfen: Diese wurde auf eine sehr direkte Weise mit der Frage nach der Verbundenheit mit Europa erfasst. Insgesamt finden sich in allen Altersgruppen und Regionen relativ starke Verbundenheitsgefühle: 75 bis 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und den Grenzregionen geben an, sich mit Europa eher oder sogar sehr verbunden zu fühlen. Diese Gefühle sind in der jüngsten Altersgruppe allerdings in allen Regionen etwas geringer ausgeprägt als bei älteren Befragten. Die Verbundenheitsgefühle erreichen aber dennoch auch bei den Jungen ein relativ hohes Niveau, so dass junge Menschen im Lichte dieser ersten Analysen weder als Avantgarde des integrierten Europas noch als Protagonisten eines kompensativen Nationalismus anzusehen wären (Abbildung 1).

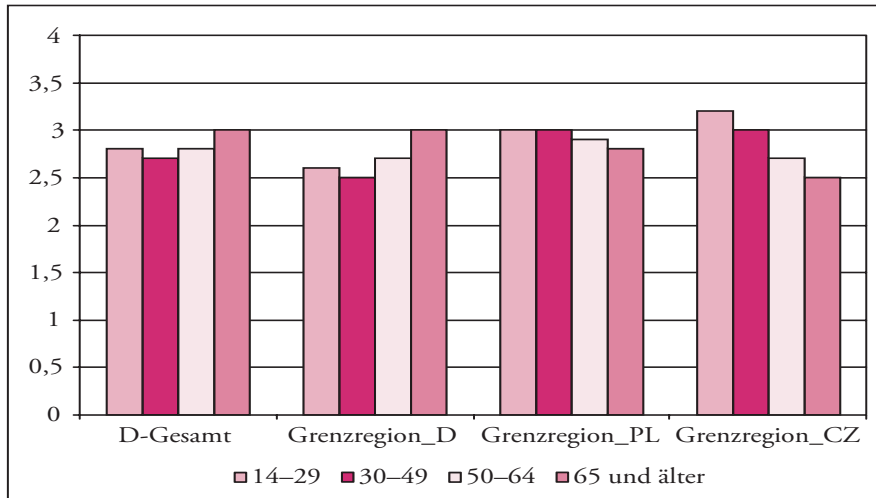
Betrachtet man im Vergleich dazu die Verbundenheit mit dem eigenen Land, relativiert sich dieses Bild der Altersdifferenziertheit. Für die Bezugsgröße „eigenes Land“ zeigt sich eine weitaus deutlichere Altersdifferenzierung, die dafür spricht, dass bei jüngeren Menschen insgesamt die Tendenz, sich mit staatlichen oder kollektiven Größen zu identifizieren, abnimmt bzw. geringer ausgeprägt ist. In

Deutschland (Gesamt) liegt die Verbundenheit mit dem eigenen Land in den jüngeren Kohorten sogar noch niedriger als jene mit Europa. Auffällig ist zudem, dass in der deutschen Grenzregion im Unterschied zu Gesamtdeutschland die Identifikation mit Deutschland stärker ausgeprägt ist und die Verbundenheit mit Europa schwächer (Abbildung 2).

Dieser Befund alarmiert in gewisser Weise, da gerade die Grenzregionen als „Laboratorien“ der Integration gesehen werden können.¹⁹ Die Nähe der Grenze und der Nachbarn fördert aber offenbar gerade nicht die Verbundenheit mit einer gemeinsamen – europäischen – Identität. Dies zeigt sich, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau, bei allen Altersgruppen. Die Differenzen zwischen der Verbundenheit zu Europa und zum eigenen Land fallen allerdings bei den Jüngsten am geringsten aus. Wirft man nun einen genaueren Blick darauf, ob die Verbundenheit mit dem eigenen Land als kompensativer Nationalismus verstanden werden muss – ob also eine besonders hohe Verbundenheit mit dem eigenen Land mit einer besonders geringen Verbundenheit mit Europa einhergeht –, so wird deutlich, dass entgegen einer derartigen spon-

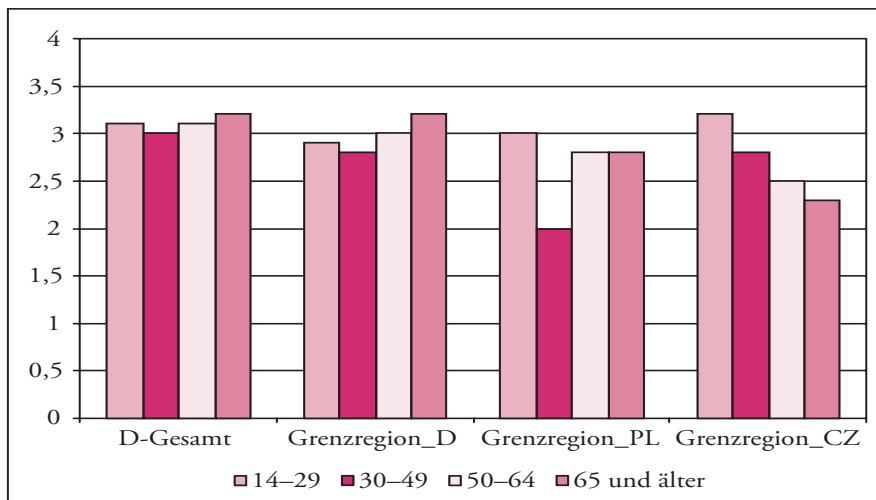
¹⁹ Vgl. J. Delhey (Anm. 15).

Abbildung 4: Zustimmung zur EU-Osterweiterung (2003) (Mittelwerte^a)



^a Wertebereich 1-4, hoher Wert = positive Haltung.
Quelle: Eigene Berechnungen.

Abbildung 5: Haltung zur EU (Mittelwerte^a)



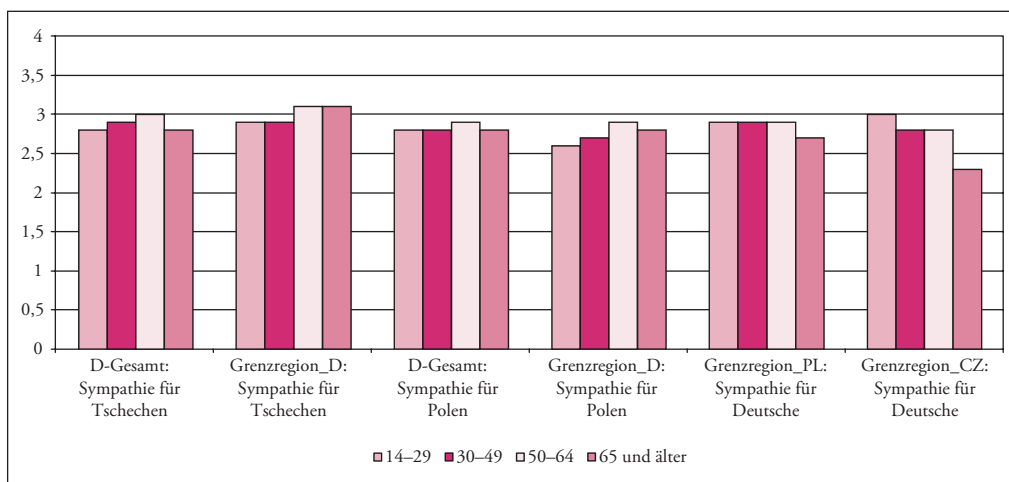
^a Wertebereich 1-4, hoher Wert = positive Haltung.
Quelle: Eigene Berechnungen.

tanen Erwartung in keiner der Stichproben und in keiner Altersgruppe ein negativer Zusammenhang zwischen beiden Arten der Verbundenheit besteht. Wer sich stark mit dem eigenen Land verbunden fühlt, berichtet auch eine relativ stärkere Verbundenheit mit Europa. Es geht also bei der Frage nach der Verbundenheit mit der eigenen Nation und mit der supranationalen Einheit Europa nicht um antagonistische Gefühle. Vielmehr besteht zwischen beiden Arten der Verbundenheit ein

positiver Zusammenhang. Ausgedrückt in Korrelationen – Zusammenhangskoeffizienten können die Werte von -1 bis +1 annehmen – bedeutet dies, dass wir es mit Werten zwischen $r = +0,26$ für die jüngsten und $r = +0,34$ für die ältesten Befragten zu tun haben.

Betrachtet man nationalistische Orientierungen unmittelbarer, indem man etwa nach der Zustimmung zu Statements wie dem folgenden fragt, „Die Werte unseres National-

Abbildung 6: Sympathie für Nachbarnationalitäten (Mittelwerte^a)



^a Wertebereich 1–4, je höher der Wert, desto sympathischer.
 Quelle: Eigene Berechnungen.

staates werden zu wenig geschützt“, so zeigt sich auch hier, dass nationalistische Einstellungen in den Grenzregionen, also in grenznahen Gegenden von Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Bayern, stärker ausgeprägt sind als im restlichen Deutschland. Gleichzeitig gibt es nun klare Altersunterschiede: Ältere stimmen solchen Aussagen signifikant stärker zu als Jüngere. Diese Tendenz findet sich – auf deutlich höherem Niveau – auch in den polnischen und tschechischen Grenzregionen. Allerdings stehen nationalistische Gefühle nur in Deutschland in einem negativen Verhältnis zu einer Verbundenheit zu Europa ($r = -0,16$), wohingegen es in Polen und der Tschechischen Republik tendenziell *positive*, aber statistisch nicht signifikante Zusammenhänge gibt (*Abbildung 3*).

Da der Begriff Europäische Union in der Frageformulierung („Wie verbunden fühlen Sie sich mit Europa?“) gar nicht genannt wurde, muss das politische Projekt EU von den Befragten auch nicht unbedingt assoziiert werden. Insgesamt zeigt sich allerdings bei einer konkreten Erwähnung der EU-Osterweiterung wiederum eine sehr positive – regional etwas unterschiedliche – Haltung: Während in Deutschland knapp 70 Prozent der EU-Osterweiterung zustimmen (67,9 Prozent Grenzregion/69,9 Prozent Gesamt), sind es in Polen 76,8 Prozent und in der Tschechischen Republik 84,6 Prozent. Be-

trachtet man die Altersdifferenzierung, so zeigt sich in Deutschland und den beiden Beitrittsländern ein unterschiedlicher Trend. In Deutschland überwiegt eine positive Haltung bei den ältesten Befragten, gefolgt von den jüngsten, bei einer deutlich skeptischeren Haltung bei den 30- bis 64-Jährigen. In Polen und in der Tschechischen Republik sind es regelmäßig die jüngsten Befragten, die sich der EU-Osterweiterung gegenüber besonders aufgeschlossen zeigen, während mit zunehmendem Alter wachsende Skepsis zu konstatieren ist (*Abbildung 4*).

Dieser Trend betrifft im Übrigen nicht nur die EU-Osterweiterung, sondern auch die EU im Allgemeinen (*Abbildung 5*).

Die etwas größere Distanz der jüngeren Deutschen hatte sich bereits bei der Frage nach der Verbundenheit mit Europa gezeigt. Auch hier zeigten die Jungen sich etwas distanzierter als die Älteren. Dies könnte mit einer allgemein größeren Distanz zu kollektiven Identifikationsobjekten zusammenhängen.

Delhey sieht im Vertrauen gegenüber unseren Nachbarn eine wichtige Quelle für Bindekraft zwischen den Völkern.¹²⁰ Da diese Kategorie nicht direkt erfasst wurde, wird hier die Sympathie für die Nachbarvölker dargestellt;

¹²⁰ Vgl. J. Delhey (Anm. 15).

eine Frage, die auch als sozusagen inverser Nationalismus-Indikator gesehen werden kann. Betrachtet man hier die Unterschiede zwischen Altersgruppen, so zeigt sich, dass die jüngsten Befragten in Deutschland eine etwas größere Distanz zur Bevölkerung der Beitrittsländer haben. Das diesbezügliche Ergebnis fällt zwar nicht besonders deutlich aus, überrascht aber dennoch, zeigen doch verschiedene Studien zur Fremdenfeindlichkeit, dass es eigentlich immer die Älteren sind, die größere Distanz zu Fremden zeigen.¹²¹ Dies ist umso bedeutsamer, als sich in den Beitrittsländern ein umgekehrter Trend zeigt: Die Sympathie für den deutschen Nachbarn ist umso höher, je jünger eine Befragter ist. Insgesamt sollte allerdings hervorgehoben werden, dass eine positive Bewertung der jeweiligen Nachbarn in allen Altersgruppen die Regel ist. Die Mehrheit der Befragten nehmen diese als sympathisch wahr (*Abbildung 6*).

Auch wenn mangelnde Sozialintegration von vielen Autoren als Haupthindernis für eine positive Entwicklung in Europa gesehen wird, lässt sich ein solcher Mangel zumindest auf der Ebene affektiver Gefühle und Haltungen zu Europa, der EU oder deren Osterweiterung in den von uns betrachteten Regionen nicht ohne weiteres feststellen. Es gibt ein relativ hohes Maß an Zustimmung quer durch alle Altersgruppen zu Europa und zum politischen Projekt EU. Natürlich beziehen sich die Äußerungen nur auf eine sehr allgemeine und grundsätzliche Haltung, die anhand von Detailfragen und bei Belastungen auf ihre Nachhaltigkeit geprüft werden müssen. Ein negatives Klima für Europa lässt sich jedenfalls im Jahre 2003 in Erwartung der großen Erweiterungsrunde nicht ausmachen. Die These, dass die jüngeren Altersgruppen positivere Haltungen zeigen, kann jedoch für Deutschland ebenfalls nicht belegt werden. Es zeigen sich insgesamt relativ geringe Altersdifferenzen, wobei positivere Einstellungen – wenn es denn einmal Altersunterschiede gibt – eher bei Älteren zu finden sind. In den Beitrittsländern zeigt sich – wie zu erwarten – insgesamt eine etwas „euphorischere“ Haltung, die dort auch eher von den Jüngeren getragen wird.

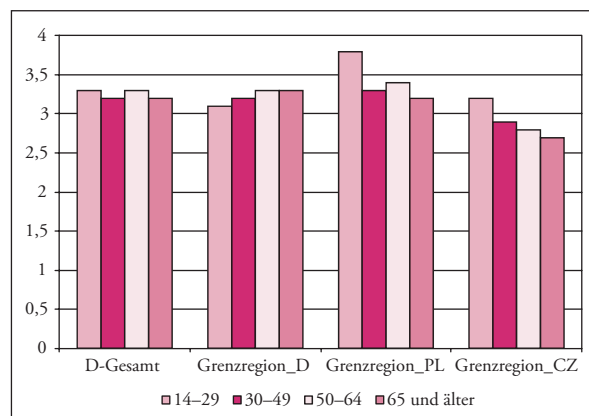
¹²¹ Vgl. Susanne Rippl, Eltern-Kind Transmission. Einflussfaktoren zur Erklärung von Fremdenfeindlichkeit im Vergleich, in: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation, 24 (2004) 1, S. 17–32.

Ursachen für eine Identifikation mit Europa

Im folgenden Abschnitt wird ein Blick auf mögliche Gründe für eine positive Identifikation mit Europa geworfen. Sylke Nissen betont, dass die Identifikation mit Europa nicht allein emotional zu mobilisieren ist, sondern dass nutzenorientierte Aspekte hier eine Rolle spielen.¹²² Ihre These lautet, dass nur derjenige, welcher einen Vorteil für sich oder sein Land in der Zugehörigkeit zu Europa sehen kann, auch bereit ist, sich mit Europa zu identifizieren.

Nimmt man Sorgen und Hoffnungen im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung als Indikatoren für erwartete Kosten bzw. erwarteten Nutzen, so zeigt sich bezüglich der Hoffnungen, dass sie in Deutschland kaum altersspezifisch differenziert sind. In den polnischen und tschechischen Grenzregionen hingegen zeigen sich die Jüngeren deutlich hoffnungsfroher als die Älteren (*Abbildung 7*).

Abbildung 7: Mit der EU-Osterweiterung verbundene Hoffnungen (Mittelwerte^a)



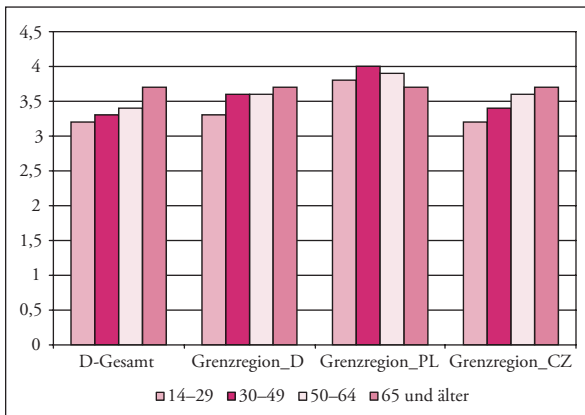
^a Wertebereich 1–4, je höher der Wert, desto größere Hoffnungen.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Betrachtet man die Sorgen im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung, so zeigt sich mit Ausnahme der polnischen Grenzregion ein klarer Alterseffekt – die Älteren machen sich eher Sorgen als die Jüngeren (*Abbildung 8*).

¹²² Vgl. S. Nissen (Anm. 7).

Abbildung 8: Mit der EU-Osterweiterung verbundene Sorgen (Mittelwerte^a)



^a Wertebereich 1–4, je höher der Wert, desto positiver die Haltung.

Quelle: Eigene Berechnungen.

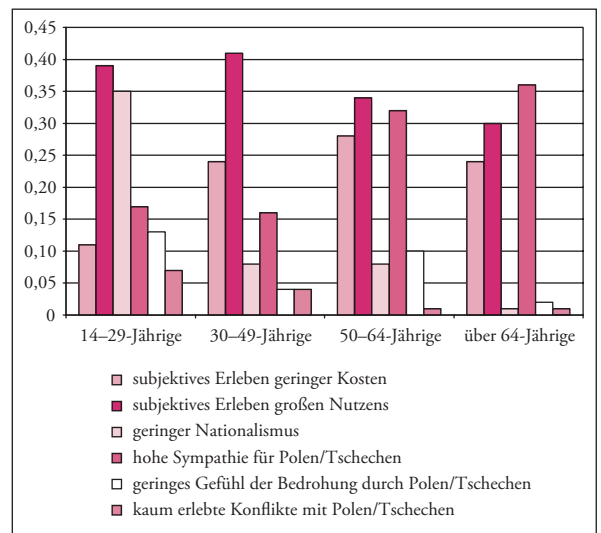
Betrachtet man weiter den Zusammenhang zwischen emotionaler Verbundenheit und den Kosten- und Nutzenerwartungen, den Nissen postuliert,²³ so ergeben sich zwar die erwarteten Zusammenhänge: Geringere Kosten- und höhere Nutzenerwartungen korrespondieren mit einer stärkeren emotionalen Verbundenheit mit Europa. Allerdings fallen diese bestenfalls mittelstark aus; berechnet man Korrelationen, so liegen sie beim Zusammenhang zwischen Sorgen und der Verbundenheit mit Europa für die verschiedenen Altersgruppen zwischen $r = -0,16$ und $r = -0,25$. Bei den Hoffnungen finden sich positive Korrelationen zwischen $r = +0,19$ und $r = +0,35$. Große Altersunterschiede gibt es somit nicht; wenn Zusammenhänge einmal etwas größer sind, dann ist dies bei den Älteren der Fall. Kosten- und Nutzenerwartungen der Bürger können zwar als positive Rahmenbedingungen für eine Verbundenheit mit Europa fungieren, sie reichen aber bei weitem nicht aus, um eine europäische Identifikation zu mobilisieren. Gleiches gilt letztlich auch umgekehrt: Große Sorgen um die EU-Osterweiterung leisten einem kompensativen Nationalismus zwar einen gewissen Vorschub, können aber in keiner Weise als Ursache für eine politische Rechtsdrift ausgemacht werden.

Um abschließend ein umfassenderes Bild der Ursachen für die Entwicklung von Ge-

²³ Vgl. ebd.

fühlen der Verbundenheit mit Europa im Kontext der EU-Osterweiterung zu bekommen, stellen wir noch eine komplexere statistische Analyse vor. Mit Hilfe der so genannten multiplen Regression lässt sich ein simultaner Blick auf alle in Betracht gezogenen Einflussfaktoren werfen und eine Bewertung dieser in ihrem je eigenen Anteil an Verbundenheitsgefühlen mit Europa im Kontext der EU-Osterweiterung vornehmen. Auch diese Auswertung wurde wieder nach Altersgruppen getrennt durchgeführt, diesmal jedoch nur für die (gesamt-)deutsche Repräsentativstichprobe.²⁴ *Abbildung 9* zeigt den Beitrag, den die verschiedenen von Sozialwissenschaftlern als Prädiktoren bezeichneten Variablen zur Erklärung einer hohen Akzeptanz der EU-Osterweiterung und damit zu einer Befürwortung der Weiterführung des Projekts Europa leisten.

Abbildung 9: Was sagt eine hohe Akzeptanz der Erweiterung Europas vorher? (β -Koeffizienten)



Quelle: Eigene Berechnungen.

Was verrät uns *Abbildung 9* über die Gründe für eine hohe Akzeptanz des Projekts EU-Erweiterung? Sie zeigt zunächst einmal deutliche Unterschiede zwischen den Altersgrup-

²⁴ Ihre Durchführung erfordert größere Stichprobenumfänge, die in den Grenzregionen-Stichproben nicht gegeben sind. Berichtet werden so genannte β -Koeffizienten, die als – um mögliche Einflüsse anderer Prädiktoren bereinigte – Korrelationskoeffizienten aufgefasst werden können.

pen. Das subjektive Gefühl geringer Kosten (bei den jüngeren Befragtengruppen) und großen Nutzens (bei den älteren Befragten) ist der wichtigste Grund für eine Befürwortung der Erweiterung der EU. Vorgefertigte Haltungen leisten jedoch einen ebenfalls recht beträchtlichen Beitrag zur Erklärung, warum jemand das Projekt EU-Erweiterung befürwortet bzw. warum nicht. Und gerade hier gibt es große Altersdifferenzen. Bei jungen Menschen ist die nationalistische Grundeinstellung der wichtigste Hemmschuh für eine Unterstützung des Projekts EU-Erweiterung. Bei Älteren hingegen spielt es keine Rolle, ob jemand nationalistische Einstellungen favorisiert; wichtig ist vielmehr die allgemeine Sympathie für Polen und Tschechen.

Fazit

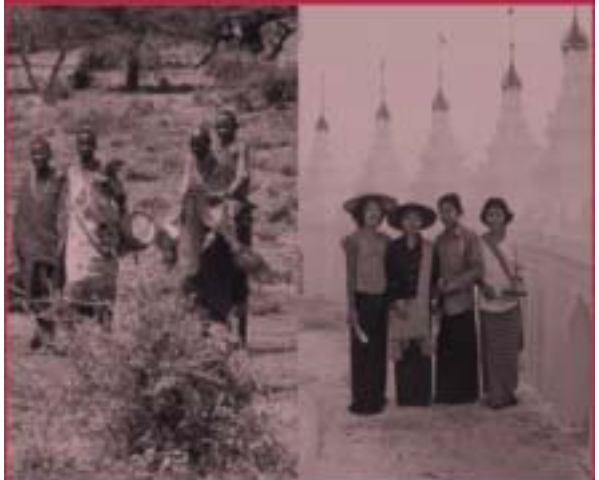
Kommen wir zur eingangs aufgeworfenen Frage zurück, ob Jugendliche im Kontext der EU-Erweiterung eher als Motor der Integration Europas oder als Protagonisten eines kompensativen Nationalismus fungieren, so fällt eine eindeutige Antwort schwer. Besonders große Unterschiede in den Einstellungen zum Projekt Europa zwischen Menschen verschiedenen Alters sind in Deutschland nicht auszumachen; es gibt solche Unterschiede eher in den Beitrittsländern. Junge Menschen sind dabei in keiner der betrachteten Regionen ausgeprägt nationalistischer als andere Altersgruppen; typischerweise sind es nach wie vor ältere Bevölkerungsgruppen, die nationalistische Einstellungen favorisieren. Dennoch gibt es eher Grund zur Sorge denn zur Beruhigung: Nur bei jungen Menschen gibt es einen gegen Europa und dessen Erweiterung gerichteten Abwehernationalismus. Wer jung und nationalistisch eingestellt ist, lehnt das Projekt Europa in der Regel ab; noch verstärkt ist dies in den Grenzregionen zu Polen und zur Tschechischen Republik der Fall. Will man die Akzeptanz des Projekts Europa erhöhen, so scheint es eine in allen Altersgruppen viel versprechende Strategie zu sein, den je individuellen Nutzen und die eher geringen Kosten des Projekts EU-Erweiterung verstärkt herauszustreichen. Gezielt bei jungen Menschen – auch und vor allem in Grenzregionen – gilt es hingegen zusätzlich aktiv den Gefahren nationalistischer Orientierungen entgegenzuwirken.

Welches politische Interesse haben Deutschland und die internationale Gemeinschaft an der Stabilisierung und Demokratisierung, an der Sicherung der Menschenrechte in Asien und Afrika? Welchen Hintergrund hat also das Engagement deutscher Soldatinnen und Soldaten in internationalen militärischen Missionen? Wie hängt die Globalisierung damit zusammen? Wem nutzt die Globalisierung und wer verliert? Wo sind die Verbindungen zwischen Asien und Afrika? Die bpb und das Bundesministerium der Verteidigung laden Sie herzlich zu einem intensiven Dialog über diese Fragen ein.

**Infos und Anmeldung unter:
www.bpb.de/veranstaltungen**

Bensberger Gespräche

**Gewinner der Globalisierung –
Verlierer der Globalisierung.
Wo steht Europa?**



**22.01.2007 – 24.01.2007
in Bensberg**

APuZ

Nächste Ausgabe 48/2006 · 27. November 2006

Hochschulpolitik

Julian Nida-Rümelin

Hochschulpolitik und die Zukunft der Geisteswissenschaften

Margret Wintermantel

Hochschulreform aus Sicht der Hochschulen

Christian Berg · Regina Weber

Hochschulreform aus studentischer Perspektive

Johanna Witte

Die deutsche Umsetzung des Bologna-Prozesses

Olaf Winkel

Neues Steuerungsmodell für die Hochschulen?

Michael Hartmann

Chancengleichheit trotz Studiengebühren: die USA als Vorbild?

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Hans-Georg Golz
Dr. Ludwig Watzal
Sabine Klingelhöfer
Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 36 91-0

Internet

www.bpb.de/publikationen/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Jugend in Europa

APuZ 47/2006

Stefan Rappenglück

3-7 Jugend in der Europäischen Union

Junge Europäerinnen und Europäer stellen mit ca. 75 Millionen Menschen ein großes gesellschaftliches Potenzial zur Mitgestaltung Europas dar. Der Essay greift die Erwartungen Jugendlicher gegenüber der Europäischen Union auf, beleuchtet jugendpolitische Akzente der gegenwärtigen europäischen Entwicklung und stellt Forderungen für eine nachhaltige europabezogene Bildungsarbeit auf.

Günther Ogris · Sabine Westphal

7-17 Politisches Verhalten Jugendlicher in Europa

Sind junge Menschen wirklich in geringerem Ausmaß politisch aktiv, oder wählen sie nur andere Formen der politischen Beteiligung? Junge Europäerinnen und Europäer ergänzen ihre Teilnahme an Wahlen und Wahlkämpfen durch unkonventionelle Formen politischer Partizipation. Aktiviert dazu werden sie durch Elternhaus, Freundeskreis, Schule und die Mitarbeit in politischen Organisationen.

W. Gaiser · M. Gille · J. de Rijke · S. Sardei-Biermann

18-26 Zukunft Europa im Blick der Jugend

Welche Einstellungen haben junge Menschen gegenüber Europa und seinen Institutionen? Von welchen Faktoren hängen Europaorientierungen ab? Die Ergebnisse zeichnen ein differenziertes Bild: Ein Teil der jungen Generation sieht Europa durchaus als eigenes Zukunftsprojekt, ein anderer Teil aber, der dem Risiko, Modernisierungsverlierer zu werden, ausgesetzt ist, bleibt eher auf Distanz.

Axel Pohl · Andreas Walther

26-36 Benachteiligte Jugendliche in Europa

Die Benachteiligung Jugendlicher und damit verbundene Risiken sozialen Ausschlusses beim Übergang von der Schule in die Arbeit ist ein europaweit diskutiertes Thema. Dieser Beitrag vergleicht die Unterstützungsansätze für benachteiligte Jugendliche in 13 europäischen Ländern und stellt Bezüge zur Situation in Deutschland her.

Susanne Rippl · Klaus Boehnke

37-46 Europas Jugend: Für Integration oder Nationalismus?

Sind junge Menschen Motor europäischer Integration oder Protagonisten eines neuen Nationalismus? Es wird belegt, dass Jugendliche sich in der Akzeptanz des Projekts Europa kaum von anderen Altersgruppen unterscheiden. Gleichzeitig wird hervorgehoben, dass unter Jüngeren ein – eigentlich in dieser Altersgruppe gering verbreiteter – anti-europäischer Nationalismus anzutreffen ist.